

Ersteinst
wöchentlich einmal
in
Zürich (Schweiz).
Verlag
der
Balsbuchhandlung
Gottling & Zährli.
Postadressen
Franko gegen franks
Geldbriefe
nach der Schweiz kosten
Doppelporto.

Der Sozialdemokrat

Zentral-Organ der deutschen Sozialdemokratie.

Abonnements
werden bei allen Schweizerischen
Postämtern, sowie beim Verlag
und dessen bekannten Agenten
entgegengenommen, und zwar zum
voraus zahlbaren
vierteljährlichen Preis von
Fr. 2 — für die Schweiz (Kontant)
Fr. 3 — für Deutschland (Kontant)
Fr. 1,70 für Oesterreich (Kontant)
Fr. 2,50 für alle übrigen Länder des
Weltpostvereins (Kontant).
Inserate
die dreizehnpennige Petitzeile
25 Gts. — 20 Pfg.

N. 6.

Donnerstag, 7. Februar

1884.

Avis an die Abonnenten und Korrespondenten des „Sozialdemokrat.“

Da der „Sozialdemokrat“ sowohl in Deutschland als auch in Oesterreich verboten ist, bezw. verfolgt wird und die dortigen Behörden sich als Feinde zeigen, unsere Verbindungen nach jenen Ländern möglichst zu erleichtern, resp. Briefe von dort an uns und unsere Zeitungs- und sonstigen Expeditionen nach dort abzulassen, so ist die äußerste Vorsicht im Verschickungsweg notwendig und darf keine Rücksichtslosigkeit verübt werden, die Briefmarken über den wahren Absender und Empfänger, sowie den Inhalt der Sendungen zu täuschen, und letztere dadurch zu fälschen. Hauptfordernd ist hierzu einerseits, daß unsere Freunde so selten

als möglich an den „Sozialdemokrat“, resp. dessen Verlag schriftl. adressieren, sondern sich möglichst an irgend eine unbedenkliche Adresse außerhalb Deutschlands und Oesterreichs wenden, welche sich dann mit uns in Verbindung setzt; andererseits aber, daß auch uns möglichst unbedenkliche Zustellungsstellen mitgeteilt werden. In zweifelhaften Fällen empfiehlt sich beifolgender Sicherheitsempfehlung. Soweit es uns liegt, werden wir gewiß weiter Hilfe nach Rufen erteilen, um trotz aller entgegenstehenden Schwierigkeiten den „Sozialdemokrat“ unseren Abonnenten möglichst regelmäßig zu liefern.

Parteigenossen! Vergesst der Verfolgten und Gemäßigten nicht!

Falsche Taktik.

Im Herbst dieses Jahres läuft das Sozialistengesetz ab. Hier und da hat man sich der Illusion hingeeben, es werde nicht verlängert werden. Man ging hierbei von der falschen Voraussetzung aus, daß Sozialistengesetz sei eine mit unserer ganzen sozialen und politischen Entwicklung in keinem organischen Zusammenhang stehende Maßregel, sondern bloß durch gewisse zufällige Vorkommnisse (die „Attentate“) hervorgerufen und zu dem Zweck verhängt worden, um die Liberalen „an die Wand zu drücken“, sei also nun, da dieser Zweck inzwischen erreicht ist, überflüssig geworden.

Daß das Sozialistengesetz in der Hauptsache, wenn auch indirekt, zunächst gegen die Liberalen gerichtet war, ist ja unleugbar; und unleugbar ist, daß die Liberalen jetzt gründlich an die Wand gedrückt sind; allein grundfalsch ist die Auffassung, daß das Sozialistengesetz nur „ad hoc“, für einen bestimmten vorübergehenden Zweck, erlassen worden sei. Für Bismarck waren die Attentate des Jahres 1878 nur der Vorwand zur Erlassung des politischen Ausnahmegesetzes. Er konnte ohne absolute Polizeidiktatur und Belagerungszustand nicht weiter regieren, und in Ermangelung des militärischen Belagerungszustandes begnügte er sich mit dem zivilen, dem sogenannten „Reinen“, der unter den obwaltenden Verhältnissen dieselben Dienste thut. Nun hat er sich allerdings eine Zeit lang dem Wahn hingeeben, er könne vermittelst des Sozialistengesetzes die deutsche Arbeiterklasse von der Sozialdemokratie loslösen und in seine bauerntümliche Armee hineintreiben. Er weiß jetzt, daß er sich getäuscht hat. Die Arbeiter haben das verfaßte Juckerbrot der „Sozialreform“ höhnisch zurückgewiesen, und den plump geführten Hieb der junkerlichen Polizeipolizei auszuweichen gewußt, so daß alle Hiebe in die Luft gingen, oder die pöbelhaften Weitschweifigen selbst trafen.

Durch die Erfolglosigkeit des Sozialistengesetzes der Sozialdemokratie gegenüber und durch das Fiasko der Sozialreform ist nun aber die Situation insofern wesentlich verändert worden, als Bismarck jetzt wieder genötigt ist, sich auf die Bourgeoisie zu stützen — eine Schwertung, zu der ihn auch seine klägliche Niederlage im Kulturkampf, und die für das Zentrum bestehende Nothwendigkeit, bei Strafe des politischen Todes Oppositionspartei zu bleiben, mitbestimmend gezwungen hat. Der neue Unfallversicherungsgesetzentwurf ist die erste greifbare Frucht dieser Schwertung oder sagen wir dieses Rückzugs. Fürst Bismarck hat durch ihn seinen Frieden mit der Bourgeoisie geschlossen, und so wenig ihm an dem Sozialistengesetz, so weit es die Sozialdemokraten betrifft, gelegen sein mag, er muß es der Bourgeoisie zu Liebe aufrecht erhalten. Die deutsche Bourgeoisie — das ist eine Thatsache, die Niemand mit sehenden Augen bestreiten kann — will einmüthig die Fortdauer des Sozialistengesetzes — will sie, und muß sie wollen. Denn die sozialistische Bewegung ist ihr gefährlich, lebensgefährlich, während sie den Fürsten Bismarck und dessen Regierungssystem lange nicht so unmittelbar bedroht. Im Segentheile — sie hat für ihn gewisse Vortheile, aus denen sich seine periodischen Anfälle von Sozialdemagogie erklären. Es bestand sogar unzweifelhaft wiederholt und noch vor einiger Zeit die Absicht, das Sozialistengesetz fallen zu lassen, um dafür als Gegenleistung von der Sozialdemokratie Heeresfolge gegen die Fortschrittspartei zu erteilen. Die Hoffnung auf Letzteres ist durch die Haltung der Sozialdemokratie und der Arbeitermassen zu Schanden geworden, und da Fürst Bismarck nun mit der Bourgeoisie seinen Frieden gemacht hat, muß er ihr auch den Gefallen thun, das Sozialistengesetz zu verlängern, wenn nicht zu verschärfen. Die Möglichkeit, die Bügel gelegentlich einmal zu lockern, wie bei der Berliner Stadtverordnetenwahl geschehen ist, bleibt ja immer vorhanden.

Genug — die Verlängerung des Sozialistengesetzes ist beschlossene Sache, und die öffentliche Meinung wird bereits systematisch dafür präparirt. Das Frankfurter Dynamit-„Attentat“ wird zu diesem Zweck ausgeschlachtet, die Wiener Verbrechen — obgleich sie mit Politik so wenig zu thun haben, wie Puttkamer mit der Moral — werden verblümt auf Konto der Sozialdemokratie gesetzt, und das Auftreten unserer Genossen im sächsischen Landtag, der Umstand, daß sie sich nicht zur feigen Verleugnung ihrer Prinzipien verstehen wollen, wird planmäßig zur Erweckung des rothen Geistes benutzt.

Welche Taktik haben wir solchen Gefahren gegenüber zu beobachten? Uns ins Maulloch vertrieben? Durch händisches

Ducken und Binden das Mitleid und die Gnade des Feindes erkaufen? Pfu! Das wäre nicht bloß niederträchtig, das wäre auch blödsinnig. Denn so lange es Sozialdemokraten gibt, wird die Bourgeoisie die Todfeindin der Sozialdemokraten bleiben; und dies wird nicht eher enden, als bis es mit der Bourgeoischlichkeit zu Ende ist.

Wir können durch Unterwürfigkeit — auch wenn wir bis zum Opfer der Ehre gingen — unsere Stellung im Klassenstaat nicht verbessern, die Verfolgung nicht von uns ablenken. Es sind Ausflüsse unserer ganzen politischen Entwicklung. Die einzig richtige Taktik ist: dafür zu sorgen, daß der gegenwärtige Zustand für unsere Feinde selber recht viele Unannehmlichkeiten hat, und ihnen gezeigt wird, daß sie zwar nicht uns, wohl aber sich selber Nachteile bereiten. Das muß ihnen durch die Art unserer Kampfführung klar und fühlbar gemacht werden.

Nur die Feinde haben bei dieser Taktik zu verlieren; wir Sozialdemokraten nur zu gewinnen.

Kühnheit — das sagten wir schon früher, ist die beste Politik — zielbewusste Kühnheit, welche die beste Bekehrung im Angriff erblickt, keinen Pardon nimmt und keinen Pardon gibt, und die moralische Vernichtung der Feinde, die ihrem politischen Sturz vorhergehen muß, als unrückbares Ziel im Auge hat.

Toleranz, aber keine Indifferenz.

In der „New-Yorker Volkszeitung“ vom 14. Januar befindet sich ein u. A. an unsere Adresse gerichteter Artikel, der uns sehr geeignet erscheint, als Ausgangspunkt einer durchaus zeitgemäßen Erörterung zu dienen. Derselbe ist „Ein paar Raster“ überschrieben und lautet:

„Wenn Einigkeit im Dienste einer großen Sache eine Tugend, und wenn die sozialdemokratische Sache, wie wir alle nicht zweifeln, die größte von allen ist, so sollten wir — besonders die Deutschen und Franzosen — uns die irischen und russischen Revolutionäre unter den Sozialdemokraten zum Muster nehmen. Sie sind einzig.“

Auch unter ihnen gibt es zwei oder drei Fraktionen, eine anarchische, eine bloß ökonomische und eine sozialdemokratische; oder was dem ähnlich ist. Aber indem jede von ihnen in der Taktik ihre eigenen Wege verfolgt, denunziren, verlästern, belächeln und hemmen sie doch einander nicht. In ihrem gemeinsamen Kampfe gegen denselben Feind und seine Anhänger tritt sie einander freundlich, aber wenigstens möglich vor der Öffentlichkeit und so, daß jede Fraktion die Ehrlichkeit der Bestrebungen der anderen gelten läßt, und daß daraus dem gemeinsamen Feinde kein Vortheil erwächst. Das geht soweit, daß sogar der zweihundertjährige tödliche Religionshaß zwischen den Protestanten von Ulster und den Katholiken des übrigen Irlands, den die britische Regierung künstlich großgezogen hat, größtentheils erloschen ist und selbst durch die Büberie der Dubliner Regierung neuerdings nur in sehr beschränkter Maße wieder hat aufgestachelt werden können, und daß selbst die irischen Ungläubigen — deren Zahl größer ist als man denken sollte — den strenglich Befinnenen unter ihren Landsleuten Lust zu geben.

In Rußland ist die Einigkeit sogar noch größer unter unseren Parteigenossen. Ihre inneren Parteizwiste sind alle sehr verträglich geblieben; vor der Öffentlichkeit sind sie, erst lange nachdem sie ausgeglichen waren, verhandelt worden. Das geht soweit, daß selbst ein Bakunin und ein Ketschajeff nie innerhalb der Bewegungspartei angefeindet wurden. Nur erwiesene Verräther wurden verfolgt, aber dann auch unmissverständlich.

Wie lange soll es noch dauern, bis auch unter den deutschen und französischen Anhängern der Sozialrevolution dieser Geist der Einigkeit und Verträglichkeit der großen Sache zulebte plaggreift? So unser amerikanisches Bruderorgan.

So wünschenswerth auch wir Einigkeit und, wo diese nicht herzustellen, mindestens Verträglichkeit unter den Kämpfern für die Sache des Sozialismus halten, so hat doch, das müssen wir offen sagen, der vorstehende Appell auf uns absolut keinen Eindruck gemacht. Und zwar aus dem einfachen Grunde, weil er, soweit er überhaupt für uns einen Sinn haben kann, von unserer Partei längst befolgt wird, während wir die Ruhamwendung, welche der Artikelsschreiber zwischen den Zeilen durchblinden läßt, auf's Energischste von uns abweisen. Wir glauben den Verfasser des betreffenden Artikels nicht besser widerlegen zu können als indem wir uns zunächst die „Raster“, die er uns vorhält, etwas näher ansehen.

Was erstens die Irländer anbetrifft, so scheint unser Freund nur die in Amerika erscheinende irische Presse im Auge zu haben, nicht aber die heimische. Dort bekämpfen sich die verschiedenen Fraktionen der Irländer keineswegs etwa nur theoretisch, sondern kritisiren und attackiren einander vor aller Welt und keineswegs immer in gemäßigten Ausdrücken. Aber selbst wenn dem nicht so wäre, oder wenn es nicht gerade zur Regel geworden, so darf man doch nicht vergessen, daß der Faktor, der die Irländer gewissermaßen wieder zusammenführt, für uns eben nicht besteht: die nationale Frage. Man mag den Bestrebungen der Irländer auf nationale Unabhängigkeit noch so viel Sympathie entgegenbringen, so werden wir Sozialisten uns stets sagen müssen, daß gerade das Hervortreten des nationalen Elementes im Kampfe der Irländer Ursache der politischen und sozialen Verwirrung in der Irlande bildet. Diese Verwirrung mag im gegenwärtigen Moment für die irische Sache ein Vortheil sein, für unsere Partei wäre sie der Anfang vom Ende.

Nicht minder unglücklich ist der Verfasser mit seiner Exemplifizierung auf die Russen. Gewiß, die verschiedenen Fraktionen der russischen Revolutionäre haben der Außenwelt gegenüber von ihren Kämpfen unter sich wenig verlauten lassen, aber das ist doch wiederum lediglich eine Folge der Eigenthümlichkeit ihres Kampfes. Einmal erlaube es die Zahl der Kämpfer, Differenzen im engeren Kreise zu erörtern, während die Verhältnisse Rußlands eine öffentliche Erörterung geradezu

ausschlossen, vielmehr dazu zwingen, nach außenhin möglichst geschlossen aufzutreten; dann aber war es gleichfalls die Verschwommenheit des Programms der russischen Revolutionäre, welche ein Reden einanderwischen der verschiedenartigsten Elemente bisher möglich machte. Wir wollen die Frage unerörtert lassen, ob dieser Mangel eines bestimmten Programms für die russische Bewegung nicht von großem Nachtheil war, darüber wird eine spätere Zeit besser urtheilen können als wir; jedenfalls aber steht soviel fest, daß die westeuropäische Arbeiterbewegung eine Weitherzigkeit, die Anarchisten und Sozialdemokraten unter einen Hut zu bringen will, absolut nicht verträglich handelt es sich weder um Befestigung einer Regierung, die einer anderen Nationalität angehört, noch um den Sturz einer untragbaren Regierungsform, sondern um den Kampf der Arbeiterklasse gegen alle übrigen gesellschaftlichen Klassen insgesamt, und da ist es von höchster Wichtigkeit, daß dieselbe mit aller Bourgeoisophrasologie, mit allen noch so radikal schneidenden Bourgeois „idealen“ gründlich bricht. Und ein solches „Ideal“ bürgerlicher Natur ist die Anarchie.

Veitänzig ist auch bei den Russen nicht Alles so idyllisch hergegangen, wie es nach der obigen Darstellung scheint. Wir erinnern nur an die Affäre des Herrn Katschoff. Dieser gab lange Zeit in Genf ein Blatt heraus, „Nabat“ (die Sturmglöcke), in welchem Leute wie Danoff u. c. in derselben Gassenbudenmanier traktirt wurden wie heute Liebnecht, Grillenberger u. s. w. von Herrn Rost in der „Freiheit“. Nun, ausgeschlossen konnte Herr Katschoff nicht werden, weil es eben keine geschlossene Partei gab, aber er wurde einfach geächtet. Späher ist, daß er vor einigen Jahren die Hilfe unserer Genossen zum Transport einer Sendung seines Blattes in Anspruch nehmen ließ, während er in dieser Nummer pathetisch geschrieben hatte: Die deutsche Sozialdemokratie ist tot!

Heute ist Herr Katschoff Internat in einem Pariser Irrenhaus! Ein bekanntes Sprichwort sagt: Bei Nacht sind alle Katzen grau. Auf unsere Frage angewendet heißt das: Bei politischer Nacht, d. h., wo der Druck sehr stark ist oder die Verhältnisse sehr unentwickelt sind, kommt's nicht auf die Schattirung der Kämpfer an, sondern ob überhaupt Kämpfer da sind. Weicht aber die Nacht, so müssen sich naturgemäß auch die Unterchiede zeigen, so schmerzhaft das sentimentale Gemüthe auch berühren mag. Es ist ein Zeichen vorgeschrittener Entwicklung, daß in Deutschland Sozialismus und Anarchismus einander unverträglich gegenüberstehen, ein Zeichen der Stärke, nicht aber der Schwäche. Wenn unsere geschätzte New-Yorker Kollegin in ihrer Unparteilichkeit so weit gehen kann, daß sie Alles, was sich Sozialist nennt, lieblos an ihr Herz drückt, so ist das eben nur deshalb möglich, weil sie — leider! — keine ernsthafte Partei hinter sich hat. Es geht ihr wie der „Bataille“ des Herrn Lisagaret in Paris, die auch „franchement révolutionnaire sans parti pris“ (kurweg revolutionär ohne Parteivoreingenommenheit) ist und sich nicht wenig darauf zu Gute thut. „Auf der Barricade fragt man nicht nach Programmen“, schrieb sie einmal triumphirend. Ganz recht, aber die Barricade ist nur eine Episode in der Revolution, und nicht die Revolution.

Wir sind also, um zum eigentlichen Thema zurückzukommen, nichts weniger als unglücklich darüber, daß in der deutschen Arbeiterbewegung nicht die idyllischen Verhältnisse herrschen, wie sie nach der New-Yorker Volkszeitung bei den russischen und irischen Revolutionären bestehen. Die sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands hat ein Programm und eine bestimmte Taktik, und wer die nicht anerkennt, gehört nicht zu ihr, wer ihren Beschläffen entgegenhandelt, ist ihr Gegner, gleichviel aus welchen Motiven er handelt. So lange unsere Partei es für zweckmäßig hält, am Wahlkampf theilzunehmen, ist es Pflicht jedes Genossen, nach Kräften für ein möglichst günstiges Resultat zu wirken. Mag der Eine oder der Andere auch je einmal der Ansicht sein, die Beteiligungen sei zwecklos oder gar schädlich — wenn er auf den Titel Genosse Anspruch machen will, hat er mitzuwirken. Thut er das nicht, so ist er eben kein Genosse mehr; und wenn er gar durch Plakate u. c. für Wahlenthaltung auffordert, so ist er unser Gegner — mag er je einmal seine sozialistische Gesinnung betheuern. Wir spielen nicht Wahlkampf, wir kämpfen ihn. Und ob Jemand aus eigenem Antriebe handelt, oder von unseren Gegnern dazu gekauft ist, — sobald er uns im Moment des Kampfes in die Parade führt, müssen wir ihn wie unsern Feind behandeln. Da kann von Toleranz keine Rede sein, sie wäre unzeitige Schwäche, frächtige Indifferenz. Mag man das tausendmal autoritär nennen — in diesem Punkte sind wir stamme Autoritarier. Ohne Disziplin keine Partei.

Was nun die Diskussion der Streitfragen anbetrifft, besar dieselbe durch Beschluß ihre jeweilige Erledigung gefunden, so haben wir oben schon gesagt, daß in dieser Beziehung die Ermahnung der „New-Yorker Volkszeitung“ durchaus gegenstandslos ist. Was sie verlangt, ist heute schon der Fall. Wer einigermaßen unsere Partei kennt, weiß auch, daß, wie der Delegirte derselben auf dem Churer Kongreß sagte, dieselbe keineswegs eine so durchaus gleichartige Masse sei als man gewöhnlich annimmt, da sie keineswegs blinde Unterwerfung fordert.

Je nach den lokalen Verhältnissen, nach dem Temperament der Bevölkerung u. c., tritt sie hier und da anders auf, hier mehr himmelstürmend, dort mehr bedächtig. Auch sonst fehlt es nicht an Differenzen. Aber sie werden, wo nicht Verlassen des Prinzipis überhaupt im Spiele, ohne Haß und Groll ausgefochten — Niemand bildet sich ein, den Stein der Weisen zu besitzen. Das hindert natürlich nicht, daß Jeder für seine Ueberzeugung mit der ihm nöthig erscheinenden Energie eintritt. Mühen die Geister aber noch so hart aufeinanderprallen, dem gemeinsamen Feind gegenüber steht die Phalanx in jedem Augenblick geschlossen da.

Nun wird uns die „New-Yorker“ wahrheitslieblich einwenden, daß sie in dieser Beziehung nichts auszuweisen habe, daß sie vielmehr die Konflikte unserer Partei mit den außer ihren Reihen kämpfenden „Revolutionären“ im Auge und in dieser Beziehung mehr Toleranz empfohlen habe.

Da müssen wir denn antworten: Wer sind diese Leute, und was sind diese Leute? Wir achten jede ehrliche Ueberzeugung als solche, auch an unsern größten Gegnern, aber wo gewissenlose Abenteuerer sich das revolutionäre Mäntelchen umhängen, um unsere Sache ungestrahlt eintreten zu können, da halten wir es für unsere Pflicht, die revolutionäre Eitelkeit nicht zu achten, sondern derselben vor aller Welt den Mantel vom Reibe zu reißen und sie in ihrer ganzen schmutzigen Nacktheit der allgemeinen Betrachtung preisgegeben. Wegen Niedrigkeit und Gemeinheit kennen wir keine Rücksicht.

Toleranz ist eine schöne Sache, aber sie ist bei den Gegnern nur da am Platze, wo sie erwidert wird, nur dem Irrthum, der Unwissenheit gegenüber angebracht. Der Schlechtigkeit, der täuschlichen Bosheit gegenüber tolerant sein, heißt für den Einzelnen Schwäche, für eine Partei den moralischen Bankrott.

*) Wogegen indoch viele Thatsachen zu sprechen scheinen.

Wenn wir den Anarchismus auf's Schrotte bekämpfen, so ist das keine Intoleranz, sondern nur keine Indifferenz.

Und nun zum Schluss eine andere Frage. In dem obigen Artikel heißt es: „Sie denunzieren, verlästern, bekämpfen und hemmen einander nicht.“ Das „verlästern“ zc. schenken wir der „Rev. Post“ die Ehre, nicht aber das „denunzieren“. Hier müssen wir sie bitten, sich etwas deutlicher auszudrücken und zu sagen, wer denn bei den Deutschen denunziert. Könnte sie ohne Umschweife sprechen, wir werden ihr gern Rede und Antwort stehen. Nur keine Zweideutigkeiten! Wenn wir auf Angriffe von notorischen Verleumdern bisher nicht geantwortet haben und auch in Zukunft nicht antworten werden — so geschieht dies in der Voraussetzung, daß kein anständiger Mensch ihnen Glauben schenkt. Wenn aber gute Freunde meinen, daß doch „etwas daran“ ist, dann sagen wir: Nur heraus mit der Sprache! Euch werden wir die Antwort nicht schuldig bleiben!

Sozialpolitische Rundschau.

Zürich, 6. Februar.

— Nun hat Oesterreich also auch seinen Ausnahmezustand, und wenn man bedenkt, wie der normale Zustand beschaffen war, so wird man auch begreifen, daß die „Ausnahme“ an Schönheiten nichts zu wünschen übrig läßt. Zum wirklichen Kriegszustand in Wien fehlt nichts als das offene Standrecht — jeder Bewohner von Wien und Umgebung ist der freiesten Polizeiwillkür auf Gnade und Ungnade preisgegeben. Aufhebung des Briefgeheimnisses, des Hausrechtes, wie überhaupt aller durch die Grundgesetze gewährtesten politischen Rechte des Individuums, die Presse vogelfrei, das Versammlungs- und Vereinsrecht aufgehoben — das sind so die Schönheiten des am 31. Januar von der österreichischen Regierung veröffentlichten Erlasses. Und in seiner Ausführung sind bereits mehrere Blätter unterdrückt, eine Druckerei geschlossen und — bis im Augenblicke, wo wir dies schreiben — mehr als 40 Personen aus Wien und Umgebung, ausgewiesen worden.

Was wir von dieser Maßregel halten, haben wir bereits in voriger Nummer angedeutet. Sie ist zu allem Nützlichem geeignet, nur nicht als Schutzmittel gegen die Vorgänge, auf Grund deren sie in's Leben gerufen. Zu Dynamitattentaten braucht man weder Presse, noch Versammlungen, weder Hausrecht, noch Briefgeheimnis. Leute, die sich verstehen, wissen auch so mit einander zu korrespondieren, daß jede polizeiliche Spürnahe den Brief lesen darf, und schicken ihre Briefe nicht an verdächtige Adressen. Zudem macht der gesteigerte Briefverkehr der Jetztzeit eine wirkliche Kontrolle aller Briefe unmöglich.

Vorläufig ist der Erlass gegen alle der Polizei mißliebigen Elemente anwendbar, was den Liberalen oder was sich in Oesterreich so nennt, höchst fatal werden könnte, da diese Herren jetzt in der Opposition sitzen. Deshalb spielen sie auch die tugendhaften Wiedererwecker und „bedauern“, daß die Regierung sich zu so extremen Schritten habe hinreißen lassen. Dabei stammt das Geseh, welches der Regierung Rollmacht zu so „extremen“ Maßregeln erteilt, aus der liberalen Kera Oesterreichs. Und wenn im österreichischen Reichsrathe, vielleicht im selben Augenblicke, da wir dies schreiben, die Herren von der Linken im „glänzenden“ Reden das Verfahren der Regierung kritisieren, so wird sich Niemand dadurch Sand in die Augen streuen lassen: ihr Rumpstüdt, die „Neue Freie Presse“, hat im ersten Schreck den Pferdesuß zu deutlich durchblicken lassen: Es muß verhindert werden, daß die Verfassung auch auf uns, die Liberalen, angewendet werden kann! Alle „Kautelen“, welche die Herren beantragen und vielleicht auch durchsetzen werden, haben nur diesen Zweck im Auge.

Die Regierung kann diesem Gebahren ruhig zusehen, sie mag es sogar voraussehen haben. Sie wird trotz allem Handeln immer noch genug für sich behalten, um ihr System der Korruption und Niedertracht nach Wunsch zu betreiben. Im Nothfalle braucht es ja nur eines neuen Attentates! Regierung und Opposition sind einander werth.

Und die Wiener Arbeiter? Wie werden diese angesichts der neuen Situation sich stellen?

Die Beantwortung dieser Frage ist die Antwort auf die anarchisch-sozialrevolutionäre Theorie. Die Wiener Arbeiterschaft, soweit sie überhaupt am politischen Leben theilnahm, gehdrt in ihrer Mehrheit zur Partei der Herren Peukert und Genossen — Wien ist seit Langem der Stolz und die Hoffnung der Anarchisten. Die Berliner Arbeiter sind „Spießbürger“, „Halbfortschrittler“, die Wiener Revolutionäre. Sofort nach Beendigung des kleinen Belagerungszustandes hättet Ihr in Deutschland loschlagen müssen! haben und die Herren oft genug zugerufen — jetzt haben sie den Belagerungszustand, müßten also folgerichtig auch loschlagen.

Wir gestehen offen, daß wir — angesichts des Temperamentes der Wiener Arbeiter, angesichts der Thatfache, daß ihnen seit Jahren diese Theorie des Loschlagens gepredigt ward — auf letzten Sonnabend zwar keine Revolution — denn dazu gehören andere Voraussetzungen — wohl aber Anruhen, Tumulte in Wien vermutheten. Sie sind ausgeblieben, die „einzig gebührende“ Antwort ist nicht erfolgt. Wir sind weit entfernt, den Arbeitern daraus einen Vorwurf zu machen — im Gegentheil, wir billigen es, daß sie vernünftiger waren als ihre Vorkämpfer, daß sie die Situation richtig beurtheilten, und nicht in einem Augenblicke loschlugen, wo alle Chancen des Kampfes gegen sie waren. Sie hätten der Regierung, die in diesem Augenblicke wohlgerüstet dasteht, den größten Gefallen erwiesen, wenn sie auf die Barrikaden gestiegen wären.

Wien, das von den Anarchisten gewissermaßen als Versuchsfeld für ihre „Propaganda der That“ ausgewählt wurde, wird jetzt die Probe auf dieselbe ablegen müssen, in Wien wird es sich zeigen, ob man mit künstlichen Mitteln, mit Proclamationen, mit Attentaten, mit Paraden eine Revolution machen kann, ohne daß die thatsächlichen Voraussetzungen zu einer solchen gegeben sind.

Der Ausgang kann nicht zweifelhaft sein. Was auch die nächste Zukunft bringen möge, und daß durch die Ausnahmemaßregel der Fanatismus in gewissen Kreisen noch gesteigert werden dürfte, haben wir bereits in voriger Nummer gesagt; soviel ist sicher: die Revolution wird aus dieser Bewegung nicht hervorgehen. Die Sache des Sozialismus ist unbestreitbar, sie wird auch dem Wiener — und wenn es weiter ausgeht werden sollte — dem österreichischen Ausnahmezustand nicht unterliegen.

Wohl aber kann ihr Marsch verzögert, aufgehalten, abgelenkt werden. Und das haben wir in Oesterreich zu befürchten, weil die Voraussetzung fehlt, welche in Deutschland die Maßregeln unserer Feinde unwirksam machte: eine wohldisziplinierte Partei mit einem einheitlichen, klaren Programm, weil unsere Partei eine wirkliche Partei der sozialen Revolution ist, die einen grundsätzlichen Gegensatz zwischen Reform und Revolution nicht kennt, und keine Partei der Revolutionsmacherei.

Wenn die österreichischen Arbeiter in ihrem Emanzipationskampfe vielleicht auf Jahre hinaus zurückgeworfen werden, so danken sie das nicht nur der Regierung, sondern auch deren bewußten und unbewußten Helfershelfern in ihren eigenen Reihen.

Das mag manchen Ohren hart klingen, aber Sache der Arbeiterpresse ist es nicht, Stöhlgel zu raseln, sondern Kritik zu üben und strenge Verantwortung von denen zu fordern, welche ihren Einfluß in der Arbeiterbewegung mißbrauchen.

So weit war diese Kritik geschrieben, als uns die Mittheilung kommt, daß Herr Peukert den sicheren Aufenthalt in der Schweiz dem heißen Boden Wiens vorgezogen hat. Khat! Gilt's etwa auch hier den Belagerungszustand vorzubereiten?

— Nur immer hübsch logisch. Der „Hannoversche Kurier“, das Organ der Hannoverischen Rationalen, bemerkt, gleich seinen gesinnungsüberwandten Preshkollegen anderwärts, die Wiener Attentate, um für die Verlängerung des deutschen Ausnahmegesetzes Reklame zu machen, das ihm „sahm und harmlos“ vorkommt. Ein Geseh, das der Willkür der Polizei Preis, Vereins- und Versammlungsrecht preisgibt, das mit einem Schlage zu zerfallen erlaubt, was in jahrelanger Arbeit mühsam geschaffen, „sahm und harmlos“!

Aber es kommt noch besser: „Koch sind wir Dank diesem Geseh von Arbeiterunruhen, wie sie in Frankreich, England, Oesterreich sich geltend machen, verschont geblieben, noch stehen uns die irischen und russischen Gewusel fern.“

Dank diesem Geseh! Jeder Mensch mit gesundem Menschenverstand würde sagen: trotz diesem Geseh — die „Ritter vom Geiste“ des Denkerwolves haben sich aber das Denken so gründlich abgemüht, daß sie den haarsträubendsten Blödsinn mit der ernstesten Miene vortragen. Also Dank! diesem Geseh sind Attentate zc. in Deutschland noch nicht an der Tagesordnung! Darum Verlängerung dieses „wohlthätigen Gesehes“!

Soweit wäre in dem Wahnsinn wenigstens noch Methode; nun kommt aber das Schönste:

„Und doch ist Grund zur ersten Besorgniß vorhanden. Es ist ein norddeutscher Dialekt, den der Nordfanatiker spricht, Dynamitexplosionen sind uns nicht unbekant (Dank diesem Geseh!) zc. zc.“

Da hört doch wirklich Verschiedenes auf! Dieser Satz schließt unmittelbar an den vorhergehenden an, dem er schmerzhaft widerspricht, aber der — „Hannoversche Kurier“ ist ein höchst ernsthaftes Blatt!

„Es ist ein norddeutscher Dialekt!“ — Nun, man weiß ja, wer der „Nordfanatiker“ ist. Hermann Stellmacher, gebürtig aus Grottkau in Schlesien — einer höchst frommen und patriotischen Stadt, wohin noch nie ein sozialistischer Agitator den Fuß gesetzt — und ehemaliger Korporal des sächsischen Garde-Grenadier-Regiments. Also gottesfürchtig erzogen und patriotisch gebrüllt!

Nach der Logik des „Hannoverschen Kurier“ müßten also das Militär und die fromme Stadt Grottkau mit Ausnahmemaßregeln bedacht werden. Das wäre wenigstens konsequent. Aber Logik und Liberalismus, das hat sich noch nie gereimt.

— Ein braves Wort. In keiner Stadt Deutschlands haben die sozialistischen Arbeiter mehr unter dem Sozialistengesetz zu leiden als in Berlin. Aber das Sozialistengesetz hat sie auch vortrefflich gekostet, sie haben sich so vollständig „darauf eingerichtet“, daß einer derselben aus der Volksversammlung, welche für den Lump und Stücker'schen Adjutanten Cremer zum Volksgericht und zur moralischen Züchtung wurde, unter brausendem Jubel die Erklärung abgab: „Wir haben uns unter dem Sozialistengesetz so gut organisiert, daß wir die Abschaffung desselben fast bedauern würden.“

Das war ein braves Wort — die beste Antwort an die reaktionären Geseh, die den Sozialismus durch das Sozialistengesetz zu vernichten gehofft hatten, und die schönste praktische Ergänzung des Brades'schen: Wir preisen auf das Sozialistengesetz! Ueberhaupt steht es in Berlin ausgezeichnet. Die Befürchtung, welche die und da geübt ward: die Stadtverordnetenwahlen könnten Verfluchung und Bewirrung, vielleicht auch die Einführung unfauler Elemente im Gefolge haben, hat sich nicht erfüllt. Im Gegentheil: diese Wahlbewegung hat über alles Erwarten günstig gewirkt, und zu keiner Zeit hat die Arbeiterpartei in Berlin so stark, so fest und so einig dagestanden wie heute!

— Dem Verdienste seine Krone. Eines muß selbst der Reich dem alten Wilhelm lassen: er ist, und darin stimmen alle, die ihn kennen, überein, für geleistete Dienste im hohen Grade erkenntlich. Das hat neuerdings einer seiner „treuesten Diener“, der Expolizeipräsident von Berlin, Herr v. Wurmb, erfahren. Papa Wurmb, wie ihn die Berliner Briefschreiber der Liebe wegen seiner — väterlichen Liebe für sie zu nennen pflegten, ist nämlich von seinem kaiserlichen Herrn, dessen Vertreter er früher war, zum Domherrn von Merseburg ernannt worden. Das ist ein Posten, der seinem Verwalter die große Verpflichtung auferlegt, alljährlich einer Sitzung des Domkapitels beizuwohnen, den Jahresbericht anzuhören, dann in der Kirche einem Dankgottesdienste beizuwohnen — „gegrüßet sei Du, Gott, der Du den Armen nimmst und den Reichen gibst!“ — und schließlich an einem Diner theilzunehmen, wo der Champagner in Strömen fließt und welches gewöhnlich bis zum nächsten Morgen dauert. Für diese schwere — Arbeit bezieht so ein Domherr das Lumpengehalt von 30,000—40,000 Mark pro Jahr — die Religion muß die im Volke erhalten bleiben!

Herr von Wurmb Domherr — wer laßt — nein, wer meint da? Hört Ihr nicht jenes unglückliche, von diesem listernen Pöbels von Berlin brutalisirt, von seinen Kreaturen desselben mißhandelt und in's Elend gestürzte Weib Elise Hefels laut aufschreien in ohnmächtiger Entrüstung? Herr von Wurmb, der Berlin verlassen mußte, weil seine Schmachtwirtschaft ihn dort unmöglich machte, nach dem Reichspräsidenten, Ritter des schwarzen Adlerordens und Domherr!

Wer laßt da? Bist Du's, deutscher Kristophanes? Du von dem fromm geborenen Deutschland verpönte, „jüdisch-französisch-rievooler“ Spötter, der Du statt lederner Gesangbucherse profane Liebeslieder, statt deutschförmelnder und deutschförmelnder Patriotenlügen alles Altkühnwürdige verhöhnt, „Satiren“ dichtetest? Bist Du's, Heinrich Heine? Ja Du bist's, Du laßt und Du zeigst auf Dein Buch der Lieder — dort steht es:

Der Domherr öffnet den Mund weit:

Die Liebe sei nicht zu roh.

Sie schadet sonst der Gesundheit —

Du Dupiecklöser Spötter, Du!

— Wer ist mutzig? Die „Fränkische Tagespost“ fertigte jüngst in einer polemischen Notiz den fortschrittlichen „Fränkischen Kurier“, der, wie unsere Leser bekant, die Anarchisten mit ganz besonderer Vorliebe und aus sehr durchsichtigen Gründen — die Wahlen stehen vor der Thür! — in Schutz nimmt, folgendermaßen ab:

„Ein Lob bekommen die Anarchisten an dem „Kurier“: sie seien mutziger als die Sozialdemokraten. Es scheint uns ein etwas absonderlicher „Muth“ zu sein, einen Subalternpolitischen meuchlings niederzuschießen, oder mittelst eines Dynamitattentats eine Menge unschuldiger Menschen wegen vielleicht eines Schuldigen zu massakriren. Nach unserer Anschauung ist das Feigheit, nicht Muth, und es dürfte wohl mehr Ueberzeugungskräfte und moralischer Muth dazu gehören, unter einem drückenden Ausnahmesehe einen gefahr- und mühevollen Kampf gegen allerlei juristische und sonstige Fuzangeln und außerdem syrtimatische Verleumdung und Denunziation zu führen.“

Wenn wir auch nicht jedes Wort des hier Gesagten unterschreiben möchten, so sind wir doch mit dem Sinn desselben durchaus einverstanden. Es war einmal nöthig, ein kräftiges Wort gegen den von gewisser Seite systematisch gepflegten Romantismus des politischen Wortes zu reden. Der Romantismus, ob er nun als sentimentale Gefühlsluße oder als Kultus der brutalen Leidenschaft austritt, ist gleich verderblich für die Arbeiterbewegung, die nüchtern, klar denkende Leute erheischt. Es ist Romantismus, in jedem Attentate einen „Helden“ zu erblicken, wie der Kultus der Telle, der Brutus zc. ebenfalls sehr romantisch, aber geschichtlich sehr wenig gerechtfertigt ist. Nach der Logik der Herren Anarchisten wären der amerikanische „Mowdy“, der Berliner Louis, der oberbayrische Bauernknecht Helden, denn auch ihnen kommt es nicht darauf an, irgend Jemand, der ihnen zuwider ist, „toll“ zu machen.

Die ganze Attentatsmacherei ist Nachahmung des Kampfes der Russen, ohne Rücksicht auf die ganz ungleichen Verhältnisse des Westens. Nachahmung, nicht Nachahmung. Denn die Russen sind keineswegs leichten Herzens zum Terrorismus geschritten: gerade von denjenigen, welche sich in diesen Kampf am meisten auszeichneten, stimmen die Berichte ihrer Mitstreiter darüber überein, daß sie nur sehr schweren Herzens an ihre wirklichen Thaten gingen. Sophia Perovskaja, schreibt Stepanja, ihr Redakteur von „Semlja i Wolja“, litt unendlich, bevor sie an dem Ikonostasien theilnahm; und von Chalturin, dem Urheber der Explosion im Winterpalast, ist bekant, wie tief unglücklich er bis zu seinem Tode darüber war, daß er die — unbemühte — Ursache des Todes so vieler Unschuldiger gewesen. Und ebenso bekant ist, mit welcher Vorsicht die Attentate des 13. März zu Werke gingen, um nur ja kein Menschenleben außer dem ihres Todfeindes zu gefährden. Die Herren Anarchisten sind allerdings über solche „Schwächen“ erhaben. Muth und „Muth“ sind eben zweierlei Dinge.

— Die Bankrotterklärung der sächsischen Fortschrittspartei. Bankrott ist sie schon lange, diese traurige Spielart des politischen Partei-Chamaleons, Fortschrittspartei genannt, sie ist sogar eigentlich niemals solvent gewesen, allein jetzt hat sie sich selber formell und ausdrücklich für bankrott erklärt.

Das erste Mal vielleicht, daß diese Partei der politischen Heuchelei die Wahrheit gesagt hat.

Das Wunder geschah Montag, den 28. Januar d. J., in dem sächsischen Landtag. Es handelte sich um die famose Steuerreformen-Angelegenheit: das Interdikt gegen die armen Teufel, die nicht im Stand sind, ihre Steuern zu zahlen. Bisher waren die Gemeindepächter in dieser Angelegenheit ohne Methode und einseitigen Plan vorgegangen. Da nahm sich die Fortschrittspartei der ratlosen Gemeindepächter an und arbeitete einen Gesetzesvorschlag aus, durch welchen Methode in die Sache gebracht und die bisher geübte Willkür zum Geseh erhoben werden soll.

Das Ministerium, Herr von Kottitz; Wallmich an der Spitze, war so klug gewesen, seine Finger von der heißen Materie zu lassen, und hatte der dienstfertigen Fortschrittspartei klug die Initiative zugesprochen. Er hatte liberale Strupei!

Am bezeichneten Montag kam nun das fortschrittliche Opus zur Verhandlung. Natürlich wurde es von Seiten der Sozialdemokraten (durch Bebel) einer unbarmherzigen Kritik unterworfen. Darob entbrannte der fortschrittliche Zorn, und Herr Starke gab „im Namen seiner Fraktion“ zum Schluß die feierliche Erklärung ab: die Fortschrittspartei könne mit der Sozialdemokratie nie etwas gemein haben (was sehr richtig) und es falle ihr nicht ein, Opposition gegen die sächsische Regierung zu machen, die ihr so „wohlwollend“ in allen Dingen entgegengekommen sei; solange die Sozialdemokratie die Gemeinwesen gefährde, müßten sich alle Ordnungsparteien, und darunter selbstverständlich auch die Fortschrittspartei, um die Regierung schaaren.“

Also sprach der Fortschritt-Starke nicht wörtlich, doch dem Sinne nach.

Das heißt: die Fortschrittspartei ist Regierungspartei geworden. Oder vielmehr, sie hat öffentlich bekant, daß sie es ist — was wir schon längst gewußt haben.

Natürlich wundern wir uns über diese offizielle Bankrotterklärung nicht; es amüsit uns aber, daß die Herren Fortschrittler unsere Kritik ihres Wesens und Treibens so drastisch bestätigt haben.

Gut bekommen wird's den Leuten allerdings nicht. In Sachen gibt es zwei sogenannte fortschrittliche Organe: die „Leipziger Bürgerzeitung“ und die „Dresdener Zeitung“. Erstere steht mit der Landtagsfraktion der Fortschrittspartei (schon lange auf gespanntem, ja feindlichem Fuße, und hat deren Thätigkeit und Nüchternheit in dieser Session vollständig ignoriert. Dagegen war die „Dresdener Zeitung“ bisher das Spezialorgan der „Landtagsfraktion“, insbesondere der Abgeordneten Starke und Schaffrath. Wohlan: Die „Dresdener Zeitung“ hat in ihrer Nummer vom 31. Januar d. J. der „Landtagsfraktion“ einen Abjagebrief geschrieben und als Scheidegruf einen kräftigen Fußtritt versetzt. Geschieht den Herren recht! Was aber das Schönste ist; der Abjagebrief und Fußtritt rührt von Niemandem anders her als von Starke's Bufenfreund und dem „geistigen“ Haupt der Partei, dem bei der letzten Wahl durchgefallenen Schaffrath. Da wäre denn die Spaltung fertig, wenn bei Gallerte von einer Spaltung die Rede sein kann.

Und nun das Hamabestere in dieser traurigen Selbst-Abjachtungs-Geschichte:

Herr Starke verkündigte die Abdankung der Fortschrittspartei auf Grund einer Mittheilung, die unsere Abgeordneten einer Unwahrheit zick — und den Inhalt dieser seiner Mittheilung hat Herr Starke hintennach als ein „Mißverständnis“ bezeichnet und die vollkommene Wahrheit der sozialdemokratischen Behauptung zugeben müssen!

Also Selbstmord aus — Mißverständnis! Die Sache könnte elegisch erscheinen, wenn sie nicht so komisch wäre!

Mit den sächsischen Herren Fortschrittlern werden wir und jetzt nicht mehr zu beschäftigen haben. Kadaver kann man weder lieben noch hasen, und noch weniger bekämpfen — man scharrt sie ein und geht seiner Wege!

— Dem „Leipziger Tageblatt“ ist wieder ein Kalbheit passirt. Es brachte dieser Tage einen höchst vernünftigen Leitartikel (auch der „Tageblatt“'s Schere ergötzt es wie dem blinden Huhn; sie sind mitunter eine Perle) über die jüngsten politischen Worte in Oesterreich. Es wird darin mit vollkommenem Recht ausgeführt, daß die Verhängung von Ausnahmemaßregeln das Uebel nur verschärfen und die energischsten Arbeiter dem Nihilismus zudrängen würde. Ideen, und seien es auch verkehrte, könne man nicht mit Polizeigewalt ausrotten u. s. w. Als der Redakteur bei der Revision seinen blind gefundenen Artikel las, dämmerte ihm plötzlich auf, daß er ja eigentlich einen Artikel gegen die Verlängerung des Sozialistengesetzes in Deutschland zu veröffentlichen im Begriffe war, und da in der Schnelligkeit kein anderer Artikel zu beschaffen, so fügte der unglückliche „Tageblatt“'s Redakteur dem fatalen Artikel hinten die Bemerkung an:

„In Deutschland sind die Verhältnisse natürlich ganz andere.“

„Natürlich.“

— Herr von Mangoldt, der christlich-konservative Bürgengel, hat die Oherleigen, welche ihm Bebel kürzlich im sächsischen Landtage erteilte, sehr schmerzlich empfunden, denn er hat den Versuch gemacht, sich im Gerichtssaal davon reinzuwaschen. Er hielt bei Eröffnung der Schwurgerichtssession eine Rede an die Geschworenen, worin er behauptete, er urtheile ohne Parteilichkeit und Haß und über Gerechtigkeit, auch wenn es sich um Reichs- oder Landtagsabgeordnete handle. Zu dieser Rede hatte er sich wohlweislich vorher auf den Richterstuhl gesetzt, weil man ihm an dieser Stelle nicht antworten und nicht in Hohn gelächelt ausbrechen kann über seine beispiellose Unverschämtheit. Er hat aber auch nicht die Thatfache widerlegen können, daß er am ersten Pfingstfeiertag 1882 den Volkstribun Bebel verhaften ließ, nachdem er sich auf eine Bergmüdigkeitsreise begeben hatte, um während der Feiertage nicht in die Lage zu kommen, Bebel wieder in Freiheit sehen zu müssen.

Diese Verhaftung hatte den ganz niedrigen, ganz gemeinen Zweck dem Sozialisten Bebel und seiner Familie die Feiertage zu verderben, denn es wurde amtlich als Grund derselben nur „Fluchtverdacht“ angegeben, und trotzdem wurde der Haftbefehl, der schon seit 14 Tagen fertig war, nicht früher als am ersten Feiertage ausgeführt, während bei Fluchtverdacht stets Gefahr im Verzug ist. Dazu kommt — abgesehen davon, daß es überhaupt absurd ist, einen Mann wie Bebel für fluchtverdächtig zu halten —, daß man Bebel nach den Feiertagen gegen 1000 Mark Kaution wieder in Freiheit setzte. Wenn er wirklich flüchten wollte, dann hätte er so viel aufgeben und zurücklassen müssen, daß es ihm an die 1000 Mk. wahrhaftig am wenigsten angefallen wäre. Dies begreift jedes Kind, dazu braucht man gar nicht Landgerichtsdirektor zu sein. Daß Ausrede des Fluchtverdachts, welche die einzige Begründung der Verhaftung bildete, ist also kindisch albern. Wenn es nun nicht das nicht Klache war, was den gemeinen Streich veranlaßte, was war es dann, Herr v. Mangoldt?

Dieser famose Richter braucht sich übrigens gar nicht so sehr seiner Unparteilichkeit zu rühmen, er sieht sich in jedem einzelnen Falle nicht nur die Parteilichung der Angeklagten, sondern die Person selbst sehr genau an. Dafür nur einige Beispiele.

1877, als Mangoldt noch Staatsanwalt in Chemnitz war, beging dort ein konservativer Streber, Affessor Böhmer, bekant durch seine standalibigen Urtheile, die er als Vorsitzender des Gerichtsamts im Bezirksgericht gegen die Sozialdemokraten erteilt, grobe Verbrechen im Amt. Derselben wurden entdett, Mangoldt als Staatsanwalt hatte einufschreiben. Es that ihm aber leid, um die brauchbare Kreatur; er reiste deshalb nach Dresden und fragte beim Justizminister an, was zu thun sei. Der Minister hörte, daß die Entdeckung der Verbrechen (Unterfuchlungen, Aktensäufungen u. s. w.) in Chemnitz schon publik sei, und sagte Mangoldt: „Aee, hänsle, das Ding ist Sie zu weit mein beefe, da wärmer wohl der Gerächtsfied freien Loof lasse müssen.“ Man hoffte nun zwar, durch die Verzögerung würde der Verbrecher Zeit zur Flucht gewonnen haben, aber dieser hatte sich zu fest auf seine Parteigenossen verlassen, die ihn nun beim Krage nahmen und auf fünf Jahre in Zuchthaus sperrten.

Ein anderes Bild aus neuester Zeit! Ein konservativer Revolverjournalist, Namens Steinbach, trieb lange Zeit mit größter Frechheit in Dresden sein Wesen. Er griff alle Standale auf, die in unfer moralischen bürgerlichen Gesellschaft ja so häufig sind, und erpreßte sie

den Beteiligten Geld, indem er mit Veröffentlichung ihrer Privatangelegenheiten drohte und wirklich jede Woche einige Skandalartikel veröffentlichte. Das Blatt Steinbach's, „Schlip“ genannt, wurde unbeanstandet in allen Kneipen folpostiert, während jedes Arbeiterblatt verboten und die Herausgeber eines solchen von Polizei und Justiz geradezu geschunden wurden. Denn Steinbach machte in Sozialistenfresserei und letzte Speichel vor dem sächsischen Hofe, da konnte man die anderen Gaunereien schon übersehen. Aber es wurde noch schlimmer mit Steinbach, er beging auch ein Sittlichkeitsverbrechen, indem er die Schwester seiner Frau, ein dreizehnjähriges Mädchen, zu unzüchtigen Versuchen, und zwar vor Zeugen, denn sogar seine Frau war neben anderen Personen mit in dem Zimmer anwesend, in welchem der Angriff geschah. Nun war Steinbach nicht mehr zu retten, er mußte in's Zuchthaus und seine Parteigenossen waren entrüstet über die Blamage, die ein konfessioneller sich und der Partei zugefügt hatte. Steinbach ließ zwei Jahre, dann kam er wieder, setzte „Schlip“ fort und beschrieb mit großem Hymnismus sogar seine Erlebnisse im Zuchthause öffentlich im Blatte. Dabei nannte er sich natürlich wieder konservativ. Das war seinen Genossen höchst fatal, der Mensch mußte unerschütterlich gemacht werden, und dies besorgte mit Grazie immer Herr v. Langoldt. Wegen einer Privatbeleidigung, wie solche Steinbach früher in jeder Nummer bündigweise bezog, wurde Steinbach in Untersuchungshaft genommen. Er hatte den Artikel, der die Beleidigung enthielt, von einem hochadeligen Herrn v. Zschau, der allerdings auch schon Zuchthauswärter war und der sächsischen Aristokratie keine besondere Ehre macht, im guten Glauben erhalten und war nicht einmal verantwortlicher Redakteur. Trotzdem erhielt er nach mehrmonatlicher Untersuchungshaft 9 Monate Gefängnis und der hochadelige Verfasser erhielt 1 Jahr 3 Monate.

So befeitigt Langoldt seine unbehaglichen Parteigenossen — ohne Ansehen der Person.

Im Wahlkreise Bielefeld-Biedenbrück (nicht Bielefeld-Herford, wie wir zweimal irrthümlich geschrieben) findet die Wahl am 25. Februar statt. Unsere Genossen sind am 19. Januar mit dem ersten Flugblatt in den Wahlkampf eingetreten, welches auch bereits dem dem unermesslichen Verbot erteilt worden ist. Für die vereinigten Liberalen kandidirt Herr Ed. Windthorst (Kulturkämpfer außer Dienst), für die Ultramontan-Konservativen Herr von Ungern-Sternberg, der Chefredakteur der „Kreuzzeitung“, ein würdiger Nachfolger des biedern Barcard. Unsere Genossen haben in dem Kreise einen schweren Stand, da ihre Reihen gerade im Kreise Biedenbrück durch Auswanderung stark gelichtet sind. Auch fehlt es ihnen, wie sie uns schreiben, sehr an rednerischen Kräften; indessen werden sie thun, was in ihren Kräften steht, ein gutes Resultat zu erzielen, und namentlich die Wahlagitation zur Verbreitung unserer Prinzipien zu benutzen. Leider läuft das Volk dort noch blind den Pfaffen nach, die selbst an Ignoranz nichts zu wünschen übrig lassen. Die Katholiken wählen auf Kommando von Windthorst (Reppen) den protestantischen Ruder.

Die Liberalen wenden Alles auf, um die Stimmen der intelligenten Arbeiterklasse zu fangen, unsere Genossen haben aber nicht daran vergessen, mit welchen Ehrennamen Herr Windthorst seinerzeit unsere Partei belegt hat. „Rügen die Bourgeois ihren Windthorst wählen“, schließt unser Korrespondent, „die Arbeiter halten fest an ihrem Programm!“

Unsere Genossen in Deutschland rüsten sich bereits fast allerwärts eifrig zum bevorstehenden Wahlkampf, was wir mit großer Genugthuung konstatiren und den noch etwas rückständigen Orten zur Nachahmung anempfehlen. Sehr zu begrüßen ist es, daß die Beschlüsse des Kopenhagener Kongresses dabei gebührend berücksichtigt werden, namentlich was die Kandidatenfrage anbetrifft. In der Liste der uns gemeldeten Kandidaturen figuriren eine ganze Anzahl „neuer Namen“. Wir drücken die feste Erwartung aus, daß auch hinsichtlich der Wahlflugblätter den Beschlüssen der Parteikonferenz überall entsprochen werde, und werden unsersits durch eine Reihe von Artikeln über unser Parteiprogramm den Genossen dabei zur Seite stehen.

Auf Wunsch berichten wir schon heute folgende Kandidaturen: Für Leipzig (Stadt): Bebel; Leipzig (Londons): J. Dieckgen; Darmstadt: J. Müller.

Volksparteiliche Geschichts-Schreibung. Auf der schiefen Bahn hält Niemand an. Das zeigt recht deutlich die gute „Frankfurter Zeitung“, die, seit sie den Weg nach Damaskus gefunden, immer mehr versumpft. Da schreibt dieses Blatt letzten Sonntag in einem Leitartikel über die englische Landfrage, in welchem es seinen Radikalismus durch Schimpfen auf die schwere Veräußerlichkeit des Grund und Bodens in England, dem stehenden Thema der englischen Freihändler, dokumentirt, folgende Selbstpreisung über die Bestrebungen von Henry George und Alfred Wallace:

„Um — jedem Individuum ein Anrecht auf das Land zu geben, schlagen diese Leute vor, das Land zu nationalisiren, d. h. von Staatswegen alles Grundeigentum mit Beschlag zu legen. Das ist natürlich keine neue Idee. Sie ist in der französischen Revolution praktisch ausgeführt worden.“

Diese Entdeckung ist wahrhaft genial. Wir anderen Sterblichen sind bisher der Meinung gewesen, die französische Revolution habe zwar die Güter der Pfaffen und Emigranten konfisziert, aber nur um sie hinterher zu „kapitalisiren“, d. h. an die Spekulant zu verschleudern, die damit einen einträglichen Handel inszenirten, — weit gefehlt! Jetzt erfahren wir, daß die französische Revolution den Grund und Boden nationalisirt habe. Wenn das so weiter geht mit den Geschichtsstudien der „Frankfurter Zeitung“, so können wir uns noch auf große Ueberraschungen gefaßt machen.

Sittlichkeitsverbrecher. Bei der Debatte über den Gefängnis-Gesetz kam man in sächsischen Landtag natürlich auch wieder auf die Prügelstrafe zu reden, die namentlich gegen Sittlichkeitsverbrecher u. s. w. angewandt werden muß. Viehnicht erklärte, er habe unter Umständen nichts dagegen einzumenden. Wenn z. B. die Bengel der „goldenen Jugend“, welche des Abends anständige Frauen auf der Straße insultiren, die Mädchenjäger von Profession, die vornehmen Priester der „freien Liebe“, die Biedermänner, die ihre Dienstmädchen zu schänden versuchen, mit einer tüchtigen Tracht Prügel bedacht würden, so könnte das nur seinen vollen Beifall haben. Verschiedene Vertreter der Ordnung und Sittlichkeit schauten ziemlich verlegen drein, und der Großhainer Bürgermeister griff unwillkürlich nach seinem Baden, die feuerroth wurden, als wäre eine kräftige Ohrfeige darauf gefaßt.

Bravo! Unsere Genossen in Paris haben für das Rothe Kreuz der „Kardnaja Wolja“ fünfzig Franken, für die sozialistische Agitation in Schweden fünfundsiebenzig Franken gesammelt und abgeliefert, was wir auf Wunsch der Betreffenden hiermit quittiren.

Frankreich. Der weitere Verlauf der Debatte über die Geschäftskrisis hat doch etwas mehr gehalten, als nach den ersten Reden zu erwarten war. Clovis Duques und Tony Reillon haben mit anerkennenswerther Energie die Arbeiterforderungen vertreten und auch Herr Clemenceau hat in seiner dreißigjährigen Rede manches Richtige über die Ursachen der Krisis gesagt. Sein Antrag, eine parlamentarische Kommission einzusetzen, welche über Umfang der Krisis und Mittel zur Abhilfe Untersuchung anstellen soll, wurde trotz Widerspruch der Regierung angenommen.

Gehoben ist damit freilich sehr wenig. Was würde es selbst nützen, wenn die Kammer über die wirklichen Ursachen der Geschäftskrisis im Klaren wäre? Würde, könnte sie die nötigen Konsequenzen ziehen? Würde, könnte sie, aus von Bourgeois gewählten Bourgeois zusammengesetzt, nun auch die einzig wirksamen Mittel zur Abhilfe ergreifen, dem Palladium der Bourgeoisgesellschaft, dem Recht auf Ausbeutung, ernsthaft zu Leibe gehen? Das ist undenkbar. Sie wird im günstigsten Falle sich zu einigen Palliativmitteln entschließen, wenn es Roth thut sogar etliche Millionen opfern, aber die freiwillige Abdankung ihrer Auftragsgeber beschließen, das gibt's nicht! Richt einmal die wirksamste aller heute ausführbaren Maßregeln, den Maximalarbeitstag, wird sie befürworten, denn den verträgt die internationale Konkurrenz nicht. Um so mehr Grund für die Arbeiter, den internationalen Maximalarbeitstag zu verlangen.

Mit um so größerem Vergnügen konstatiren wir, daß unsere französi-

chen Genossen sich immer eifriger an die Diskussion dieser so wichtigen Frage machen. Am nächsten Sonntag findet in Lyon eine Konferenz zu diesem Zwecke statt, verbunden mit einer großen öffentlichen Volksversammlung, an der, wenn es möglich ist, auf Wunsch der Arrangements auch ein Delegirter des Aktionskomite's des Schweizerischen Arbeitertages theilnehmen wird.

Die Redaktion des in Gaiße (Departement Aisne) erscheinenden „Devoir“ (Die Pflicht), eines fourieristisch-philantropischen Blattes, sendet uns dasselbe zu, indem sie uns auf einen Artikel über die Abstützungsafrage aufmerksam macht. In diesem Artikel wird ausgeführt, daß seit der Annexion von Elsaß-Lothringen das französische Volk allmählich verächtlich werde, nur an Revanche zu denken. Diesem Uebelstand, der von den Offizieren hüben und drüben weidlich ausgekostet wird, könne am besten dadurch abgeholfen werden, daß von einer Konferenz der europäischen Mächte die streitigen Provinzen neutralisirt würden; es empfiehlt das „Devoir“ der französischen Sektion der internationalen Friedensliga, eine Agitation in diesem Sinne in's Werk zu setzen.

Die Idee wäre unter den heutigen Verhältnissen ganz vernünftig, aber weil sie es ist, darum wird sie ein frommer Wunsch bleiben. Bismarck und Ferry haben gar kein Interesse daran, daß die „Kriegsgefahr“ abnimmt — im Gegentheil. Denn sie brauchen das stehende Heer, und zwar nicht minder als gegen den äußeren gegen den inneren Feind, die Sozialdemokratie. Diese aber ist die einzige wirkliche Friedenspartei, denn wenn sie zur Herrschaft kommt, ist auch die Neutralisation Elsaß-Lothringens überflüssig, da diese Provinzen dann frei sind und selbst zu entscheiden haben, ob sie französisch oder deutsch sein wollen.

Zunehmend halten wir eine lebhaftere Friedensagitation in Frankreich für sehr opportun — für Deutschland!

Italien. Wie wir französischen Blättern entnehmen, ist der italienische Revolutionär Cipriani im Bagno erlegen. Er ist das Opfer krassester Klassen- und Parteijustiz.

Trotz aller Maßregelungen macht der Sozialismus auch in Italien tüchtige Fortschritte, auch dort wollen die Arbeiter vom Staatssozialismus und den nach deutschem Vorbild ausgearbeiteten sozialen Reformprojekten des Ministers Bertini nichts wissen.

In Parma steigt jüngst bei einer Wahl der sozialistische Kandidat Dr. Rusini mit 3666 Stimmen über seinen fortschrittlichen Gegner, der nur 3351 Stimmen erhielt. Das Wahlrecht ist in Italien bekanntlich beschränkt. Die Kandidatur Rusini's war in einer von mehr als 3000 Personen besuchten Wählerversammlung von Andrea Costa warm vertheidigt worden.

Auch in Pesaro ist ein Sozialist gewählt worden.

Sozialistische Presse und Literatur. „Down with the Socialists and Communists!“ (Nieder mit Sozialisten und Kommunisten!) Eine von unsern amerikanischen Genossen herausgegebene Agitationsbrochure.

Auf unserm Büchertisch ist eingegangen: Dr. Eugen Jäger, die Agrarfrage der Gegenwart. 2. Abthlg. Soweit wir nach einer scharfen Durchsicht urtheilen können, zeichnet sich auch diese Arbeit des bekannten christlich-konservativen Sozialpolitikers, gleich seinen früheren Arbeiten, durch sachgemäße Behandlung der Frage, Fülle an Material und klare, übersichtliche Darstellung desselben aus. Eine eingehendere Besprechung dieser Schrift behalten wir uns vor.

Parteigenossen!

Es sind in einer Anzahl von Prozessen gegen Genossen von uns richterliche Urtheile ergangen, die man als geradezu unerhört in der Rechtsprechung bezeichnen darf. Außerdem sind Begründungen der höheren Verwaltungsbehörden in Bezug auf das Verbot von Blättern und Schriften, Versammlungen, Kassen und Vereinen ergangen, die als Kuriosia eine Art kulturhistorische Bedeutung haben.

Die Berathung der Verlängerung des Sozialistengesetzes in der bevorstehenden Reichstagsession läßt es höchst wünschenswerth erscheinen, daß unsere Parteivertreter im Besitz dieser Aktenstücke sind.

Wir fordern deshalb alle Parteigenossen, welche im Besitze solcher Aktenstücke sind, auf, dieselben unverzüglich einem unserer Parteivertreter zuzusenden.

Die Redaktion und Expedition des „Sozialdemokrat.“

Korrespondenzen

Niederrhein, im Januar. Nachdem seit Erlaß des Sozialistengesetzes bereits in Forst und Spremberg öffentliche Versammlungen abgehalten worden waren, in denen Gen. Kayser referirte, hat in jüngerer Zeit Gen. Hasenklee eine Agitationsreise durch die größeren Städte der Rieberkaufsthe unternommen.

Am 23. November sprach derselbe in Sorau über das Krankenlosgesetz. Nachdem man den größten Saal gemiethet hatte, war halb der letzte Platz besetzt, und die Menge lauschte andächtig den Worten des Vortragenden. Jedoch änderte sich die Situation, als der von den Gewerksvereinen requirirte Kontrolleur Bey in provozirender Weise das Wort ergriff; es wurde ihm größtentheils unmöglich, seine angekündigte Weisheit auszusprechen. Der von uns erzielte Erfolg ließ den Liberalen keine Ruhe, und so mußte sich der Vertreter des Wahlkreises, Witt, kurze Zeit darauf ins Zeug legen, um Bericht über seine Thätigkeit zu erstatten, wozu Dr. Hornig die nötige Würze gab.

Den 24. war Versammlung in Forst mit der Tagesordnung: Die Sozialreform. Der Saal, welcher circa 1500 Personen faßt, war lange vor Beginn überfüllt, und mußten Hunderte der Nachzügler umkehren. Trotz der Ueberfüllung und der damit verbundenen großen Hitze verlief die Versammlung durchaus sachgemäß und wurde nur ab und zu durch laute Beifallsbezeugungen unterbrochen. Zum Schluß wurde auf Gen. Hasenklee ein donnerndes Hoch ausgedrückt.

Die dritte Versammlung fand am nächsten Tage in Kottbus statt. Der Erfolg war derselbe. Vor einer dicht gedrängten Menge konnte Referent ohne Opposition sein Thema erledigen, und nach Schluß erhoben sich die Anwesenden zur Anerkennung von ihren Sigen.

In Spremberg wurde die Versammlung, angeblich wegen eines unpassenden Vergleichs von Seiten des Referenten, durch die Polizei aufgelöst.

Ueber die Ausführungen unserer Genossen Hasenklee etwas zu sagen, halten wir für überflüssig, da Jeder von der Gründlichkeit derselben überzeugt sein wird. Ueberall gefällte sich diese Agitationsreise zu einem wahren Triumph; überall haben die Genossen gezeigt, daß sie kampfmüthig und treu zur Fahne halten, und wenn auch die Uebrigen, welche bisher der Bewegung indifferent gegenüberstanden haben, den Appell Hasenklee's sich zu Herzen nehmen, so können wir mit bester Hoffnung der nächsten Reichstagswahl entgegensehen.

G. F.

Niederhasslau bei Zwickau. Die Hasslauer haben im Organ noch nichts von uns hören lassen; in der letzten Zeit aber haben sich bei uns Dinge abgespielt, die wohl verdienen, der Öffentlichkeit mitgeteilt zu werden. Es ist uns nämlich seit kurzer Zeit das neue Berggesetz — Anpflanzungsausschreibung — zu einer Orientirung der Bergarbeiter in die Hände gelangt. Da nun das Gesetz uns Bergarbeitern sehr mangelhaft erschien, berieten wir am 9. Dezember in Willkau in den Pleuliden Gasthof eine Bergarbeiterversammlung ein, in welcher Genosse Wilhelm Viehnicht referirte. Die Versammlung wurde auf 8 Uhr angesetzt, der Referent konnte jedoch erst eine Stunde später erscheinen. Als nun der Einberufer die Versammlung zur Zeit eröffnete und das Wort einem anderen Redner, einem Genossen aus Zwickau, erteilen wollte, trat der hochwürdige Herr Oberstbarm aus Zwidau dazwischen und verbot die Versammlung ohne Weiteres. Vorläufig mußten wir uns dem fügen, wir beschloßen aber sofort, eine zweite Versammlung

einuberufen, und die Anwesenden gingen ruhig auseinander. Ein paar Tage darnach gingen zwei Genossen aus Willkau zu dem Gastwirth Pleul, um nach dem Saal zu fragen. Herr Pleul sagte ihnen, er könne den Saal nicht hergeben; es wäre jedoch bei ihm ein Doktor aus einem Nachbarorte gewesen (Leipold wird der saubere Bursche genannt) und habe ihn gesagt: „Sie wollen um öffentliche Tonmusik nachsuchen und geben den Sozialdemokraten den Saal! Das magen Sie ja nicht wieder!“ Darauf gingen die beiden Genossen zu dem anderen Gastwirth, Schlichhorn; der erklärte ihnen aber sofort, er könne ihnen den Saal nicht geben, die Sache wäre zu „gefährlich.“

Das waren die Gastwirth von Willkau. So ging es denn nach Haslau (Hasslau und Willkau liegen neben einander, nur durch die Mulde von einander getrennt) zu dem Gastwirth August Reier, mit der Anfrage, ob er wohl auf Mittwoch, den 19. Dezember, seinen Saal zu einer Bergarbeiterversammlung hergeben würde; Reier sagte zu, und als er sich versichert, daß die Versammlung keineswegs eine politische sein, sondern nur die sächsischen Interessen der Bergarbeiter betreffen würde, war er erst recht mit Allem einverstanden und versprach auf Ehrenwort und Handschlag den Saal.

Kaum war die Versammlung der Antihauptmannschaft angezeigt und in den beiden Zwidauer Blättern bekannt gegeben, so fällt es Herrn Reier plötzlich doch ein, den Saal zu verweigern, und alle unsere Mühe war umsonst, Reier war nicht mehr zu bewegen. Niederhasslau zählt circa 4000 Einwohner, fast ausschließlich Berg- und Hüttenarbeiter; zirkulär enthält es nicht einmal ein Bauerngut, nur eine große Wähe. Nun, so mag denn Herr Reier von dem großen Müller und dessen Buchhalter, der alles Gute zu Tage fördert, und den übrigen Konferten leben, wir Bergarbeiter werden ihm zeigen, daß wir ihn nicht nöthig haben.

Kam sollte meinen, daß es solchen Gemeinden, wie Niederhasslau, Willkau u. s. w. viele Bergarbeiter wohnen, recht sein müßte, wenn wohlmeinende Männer eintreten für eine soziale Besserstellung der Bergarbeiter, anstatt dem entgegenzusteuern. Denn sie kennen die Lage der Bergarbeiter, sie wissen, daß der Bergarbeiter, der seine Gesundheit auf dem Schacht eingebüßt hat, von seiner Pension nicht leben kann, so daß von Steuerzahlern gar keine Rede sein kann, er vielmehr zum Theil noch von der Gemeinde unterstüzt werden muß.

Und doch solch ein Gebahren! Nun, macht nur so zu! Wir werden es merken! Einstweilen mag der Gemeinderath von Dene unsere Steuern verlangen, die uns entgegneten; sie sind uns sehr gut bekannt. Die Herren wollen Männer der Ordnung sein, und sie sind es, die den Arbeiter immer mehr in's Verderben dringen. Bei der bevorstehenden Reichstagswahl aber werden die Herren wieder wie gewöhnlich vor Liebe für den Arbeiter triefeln.

Nun, Ihr habt uns gezeigt, wie Euer Herz für den Arbeiter schlägt; wir werden es nicht vergessen. Wir werden nicht versäumen, wie wir immer gethan, nicht nur für unseren Ort, sondern auch anderwärts zu arbeiten, den Wahlkreis, den Ihr uns genommen, wieder in unsere Hände zu bringen.

Stuttgart, 11. Januar. Gestern fand gegen Behr und Boigt, deren Verhaftung ich seinerzeit mittheilte, die Gerichtsverhandlung statt, nachdem gegen die übrigen in Untersuchung gezogenen Genossen Laute und Stodinger Ende Dezember die Untersuchung eingestellt worden. Das Urtheil lautete gegen Behr auf 6 Monate Gefängnis, gegen Boigt auf Freisprechung. Beweise lagen gegen Behr massenhaft vor, — d. h. was so ein deutscher Richter Beweise nennt — dem gewöhnlichen Menschenverstand aber beweisen diese Beweise nichts weiter, als daß von Württemberg aus in den beiden letzten Jahren viele Sendungen von gewissen Kreisen unangenehmen Schriften in Deutschland verbreitet wurden. Alles, was das Brüderpaar Post und Polizei in den letzten Jahren an Sendungen verbotener Schriften zusammengekloppt hatte, wurde auf's Behr Schultern abgeladen. Freilich waren sich Staatsanwaltschaft und Richterthum klar, daß ihre Beweisführung etwas Gewaltfames hatte, und die Anklage richtete sich deshalb auch gegen Behr und Genossen. Die „Genossen“ hatten sie aber nicht und — wie die Anklage selbst ausführte — sie kannten sie nicht einmal. Den Behr aber hatten sie — was liegt also für deutsche Richter näher, als daß sie den in ihren Händen Befindlichen für die Thaten anderer, ihnen unbekannter „Genossen“ haftbar machen! Man sah es dem Staatsanwalt ordentlich an, daß es ihm gar nicht angenehm war, daß er seinen Straf Antrag auf nur 6 Monate — höchstes Strafmaß! — stellen konnte. Natürlich waren die „unabhängigen Richter“ ganz derselben Meinung wie der biedere Staatsanwalt. So ein Sozialdemokrat, besonders wenn er noch „Genossen“ hat, die man nicht kennt, kann doch unmöglich freigesprochen werden! Ist er auch nicht schuldig, so könnte er doch schuldig sein. Die „Genossen“ können das nicht die Kunitze sein, die die Danlers ausrauben? Man kann von einem deutschen Richter doch nicht verlangen, daß er den Unterschied zwischen Anarchisten und Sozialisten lenne; beide sind „isten“ — ergo wurde Behr verdonnert. Aber zum Beweis, daß auch die deutschen Richter Wilde zu üben im Stande sind, redneten sie von den 10 Wochen Untersuchungshaft in s j e h n Tage auf die Strafe an. Wie human! Wie milde!

Uebrigens wäre Behr, auch wenn er keinen unbekanntem „Genossen“ gehabt hätte, doch verdonnert worden! Honold hatte gesagt, daß Behr der Mann sei, der so hübsche Geschichten über ihn, den Polizeikommissar, im „Sozialdemokrat“ veröffentlicht habe. Honold mußte das wissen, und Honold — läßt nicht.

Behr mußte also verdonnert werden, und um ihn auch, wie so vielen Anderen schon geschehen, zum Lande hinausheben zu können, wurde auf Zulässigkeit der Aufenthaltbeschränkung erkannt.

Es gibt noch Richter in Deutschland, aber sie sind auch danach.

Köln, 6. Januar. Korruptionsblätter. In unsere Nachbarstadt haben wir eine Bürgermeisterei Efferen, welche, zum Landkreise Köln gehörig, aus mehreren Dörfern und Ortschaften besteht. Die nächstliegenden, an die Stadt Köln grenzenden Orte sind Sälz und Lindenthal. In diesem letzteren Orte, welcher größtentheils neuangebaut ist und wegen seiner schönen gesunden Lage sehr viele kleine Rentner und wohlhabende Privatleute als Bürger hat, ist auch der Sitz des Bürgermeistersamts für Efferen.

Als Verwalter dieses Amtes fungirte bis vor Kurzem der Sohn des ehemaligen Steuerverweigerers Weygold. Wie er sein Amt verwalte hat, das stellte sich heraus, als ihn ein Oberlehrer, welcher seinen Gehalt bekommen konnte, verklagte. Aber erst auf dreimalige Beschwerde wurde die Sache untersucht, und da hat sich denn ein System geoffenbart, wie man es bisher nur in Rußland zu suchen gewohnt war.

Bevor ich auf die Einzelheiten eingehe, bemerke ich noch, daß schon in den Jahren 1877 und 1878 durch unser damaliges Organ, die „Kölnische Freie Presse“, dem Bürgermeister am Zeug gestickt wurde, und nur dem Ausnahmegesetz hatte er es zu danken, daß er nicht schon damals mit dem Zuchthaus in nähere Berührung kam. Der Bürgermeister verstand es, durch seine imponirende Persönlichkeit alle Beamten, z. B. Postagenten, Kommunalenmpfänger, Gemeinderäthe, Polizisten, zu seinen willenslosen Werkzeugen zu machen, so daß er alle Gelder, die auf der Post oder in die Steuerkasse eingingen, für seine eigenen Bedürfnisse verwenden konnte.

Im Jahre 1877 hatte angeblich auf der Postagentur in Lindenthal ein Diebstahl stattgefunden. In demselben Hause war auch eine Wirthschaft, welche dem Postagenten W e u t h e r gehörte. Wends vor dem angeblichen Diebstahl befanden sich in der Wirthschaft als einige Gäste der Polizei und Feldhüter B u c h e und der Maurermeister K e u s c h. Dem Buche war es schon lange kein Geheimniß mehr, daß der Bürgermeister Geldwendungen, welche auf der Post ankamen, zunächst für seine wahlstüchtigen Zwecke verbrauchte, bis dann nachher der betreffende Empfänger kam und reklamirte. Dann wurde eilig ein Polizist nach dem nahegelegenen Ehrenfeld geschickt und dort das Geld aus der Kommunal-kasse gepumpt. Der Postagent hatte dem Buche sehr oft geflagt, daß er vom Bürgermeister kein Geld zurückbekommen könne, er würde schließlich unglücklich werden, wenn einmal plötzlich eine Revision abgehalten würde.

Was war nun da zu machen? Der Bürgermeister hatte kein Geld, der Postagent auch nicht, und da fiel dem Bürgermeister der Plan ein, einen Diebstahl glaubwürdig herzustellen. Der Plan gelang. An dem nach dem Hefe zugelegenen Zimmer wurden die Fenster zertrümmert, und Freimarken, sonstige Postwertzeichen, sowie lerre Postbeute auf dem Felde in der Richtung nach Beamsfeld zerstreut, um so den Diebstahl glaubhaft erscheinen zu lassen.

Dem Bürgermeister war es hinlänglich bekannt, daß der Polizist B u c h e in verschiedene Sachen einen Einblick hatte und daß ihm dieser

unter Umständen gefährlich werden konnte. Er, als oberster Wächter, sollte nun antizipieren die Spitzbuben ausfindig machen. Zunächst hatte er also nichts Giltigeres zu thun, als einen Verdacht auf die beiden zuletzt in der Wirtschaft anwesenden Buche und Neusch auszuspüren, und diese beiden wurden denn auch, verhaftet und vier Monate in Untersuchung gehalten, bis sie schließlich wegen Mangel an Beweisen entlassen werden mußten. Als Buche wieder auf seinem Posten war, versprach ihm der Bürgermeister alles Mögliche, was er als Ersatz für seine Leiden haben sollte; aber sobald er dachte, daß Buche ihm nicht mehr schaden könne, entließ er ihn aus dem Dienste, denn er konnte selbstständig denkende Leute nicht neben sich dulden. Darauf strengte Buche eine Klage gegen den Bürgermeister an, wurde aber als nicht glaubwürdig abgewiesen. Soviel ist sicher: wenn der Staatsanwalt die Sache untersucht und den Buche sowie dessen Nachfolger Krey als Zeuge laden läßt, so wird der Bürgermeister sich als Postleib herausstellen, nebst seinen Helfern.

Wie der Bürgermeister in der Gemeindefasse gewirtschaftet hat, zeigen die jetzt vorgenommenen Revisionen. Bis zum Jahre 1879 zurück fehlen 55,000 Mk. Von da ab zurück bis 1873 wird noch revidiert und es wird so annähernd ein Defizit von hundertsechszigtausend Mark veranschlagt. Außerdem sind noch eine Menge Privatgelder unterschlagen worden, welche Posten ich im Einzelnen, soweit der Vorrath reicht, aufzählen werde.

In Lindenthal wurde ein Verschönerungsverein gebildet, um Gasanlagen zur Beleuchtung der Straßen u. einzurichten, und zwar was das Gas von der Stadt Köln zu beziehen. Es wurden zu dem Zwecke an alle ansässigen Bürger Karten ausgegeben, um einen jährlichen Beitrag zu zeichnen. Es waren zu diesem Zwecke in die Tasche des Bürgermeisters 3971 Mk. eingegangen. Die Gasfabrik von Köln hat natürlich davon keinen Pfennig bekommen, denn das war beim Bürgermeister nicht Mode. Als nun der Krach kam, zahlte der Vorsitzende dieses Vereins, der Eisen gießereibesitzer Heyden, 4000 Mk. aus seiner Tasche an die Gasfabrik, um die Sache einigermassen zu vertuschen.

Um recht viel Geld zu machen, hatte der Bürgermeister einem seiner Getreuen, dem Polizisten Evers, auch den Posten des Steuerregulators übertragen, den dieser auch für seine und des Bürgermeisters Tasche zu verwalten verstand. Man vergegenwärtige sich nur, was ein Polizist als Exekutor bei den armen Leuten fertig bringen kann! Evers kassierte auch zugleich die Gelder ein, was gesetzlich gar nicht zulässig ist. Wie leicht war es fertig zu bringen, das Geld bei zahlungsunfähigen Leuten herauszupressen und nachher im Steuerregister als uneinbringlich zu verzeichnen!

Lindenthal gehört zur Pfarrgemeinde des Nachbarortes Kriel. Der Bürgermeister hat von dem dortigen Friedhofe so viele Gräber à 20 Mk. verkauft, daß jetzt die Gemeinde gezwungen ist, einige Morgen Land anzukaufen, um die ärmeren Leute beerdigen zu können. Natürlich war das Geld für die Gräber in die Taschen des Bürgermeisters gewandert.

Die Inhaber von Tanzlokalen in der Bürgermeisterei Efferen mußten für die Erlaubnis eines Tanzfränzchens oder dergleichen je 6 Mk. Armengebühren bezahlen. Selbstredend war der Bürgermeister der nächste „Arme“, in dessen Taschen sich das Geld verlor.

Ich muß die heiteren Sachen unterbrechen und einen Fall trauriger Art ansprechen, der allein schon genügt, wenn die Wahrheit desselben sich durch die Untersuchung ergibt, daß dem Bürgermeister die Thore des Zuchthauses geöffnet werden müssen.

In Glasgow in England besteht eine Expeditions-Gesellschaft Devis Dörner und Kompagnie. Diese hatten sich eines jungen Knaben angenommen, dessen Eltern dort wohnten. Sie ließen denselben ausbilden, und da er talentvoll war, so lernte er sieben Sprachen sprechen und korrespondiren. Später wurde er damit betraut, Reisen zu machen, und gründete in verschiedenen Städten Filialen, so auch in Köln. Die Eltern jagen, da sie Deutsche waren, herüber, und wohnen noch heute hier in Lindenthal, Franzstraße 8. Der Vater ist ein armer Schuhmacher und heißt Rademann. Der Sohn, welcher geboren wurde, bevor die Trauung stattgefunden und dessen Umschreibung nachher von den Eltern verkannt wurde, führte den Namen Louis Traumann, genannt Rademann. Die Filiale hier in Köln ging ein, und Traumann wurde von seiner Firma beauftragt, nach Rom zu gehen und dort eine Filiale zu gründen.

Dieser talentvolle Mann wurde in Rom irrsinnig und man brachte ihn nach Deutschland zurück in eine hiesige Anstalt. Die englische Gesellschaft verpflichtete sich, die Verpflegungskosten für den jungen Mann zu tragen, und in Folge dessen wurde er in die Privatanstalt des Doktors Kobmann nach Bendorf bei Koblenz gebracht, wo er sich heute noch befindet. Der Mann ist jetzt drei Jahre dort und soll nach den bestimmten Aussagen seines Vaters und eines Wärters seit einem Jahre vollständig gesund sein.

Die Ursache, warum der Mann nicht in Freiheit geht und seinen Eltern, die so sehr nach ihm verlangen, wieder gegeben wird, hat den Grund darin, daß, wie so glaubwürdig versichert wird, der Bürgermeister pro Tag von der englischen Gesellschaft 9 Mk. Verpflegungsgehalt bezieht. Außerdem ist aber auch der Bürgermeisterei Efferen die Verpflegung ausgedreht worden, trotzdem der Mann in einer Privatanstalt untergebracht ist, was eigentlich gar nicht zulässig ist. Der Vater wurde nämlich aufgefordert, den Manifestationsseid zu leisten, was auch geschah, weil er mittellos ist.

In der Anstalt zu Bendorf wird der junge Mann ganz verwahrlost, so daß er fast im Ungeheuer umkommt; und es liegt die Vermuthung nahe, daß dieser Anstaltsdirektor von dem Betrug weiß und daran theilhaftig ist. Die Eltern hatten, soviel sie konnten, gespart und ihrem Sohn Kleidungsstücke im Werthe von 200 Mark geschickt, wovon der Sohn keinen Rezen bekommen hat. Als der Vater einmal die Erlaubnis bekam, seinen Sohn zu besuchen, reiste er mit einem Verwandten dorthin, und sie fanden den Sohn ganz entseelt geliebet; man hatte ihm sogar verweigert, sich sein Haar zu kämmen!

Es wäre dringend zu wünschen, daß hier schleunigst Hilfe gewährt wird und der Mann seine Freiheit wieder erlangt.

Nun kann die heitere Geschichte wieder beginnen; und es sind noch einige Posten zu erledigen.

Ein Eisenbahnbeamter Namens Trimborn aus Lindenthal wurde in Untersuchung gezogen wegen Meineids. Er hatte eine sehr schöne Frau, was der Bürgermeister wußte. Besuche, die er der Frau abstattete, haben das Resultat fertig gebracht, daß der Mann aus der Haft entlassen wurde und Niemand etwas mehr von der Sache gehört hat. Unser Bürgermeister war nämlich ein Kenner und Verehrer von Naturschönheiten, wie ich noch später in manchen Fällen anführe.

Später sollte einmal die schöne Frau auch einen Eid schwören. Als Richter fungirte der alte Justizrath Glender. Als die Frau sich bereit erklärte, zu schwören, schärzte ihr der Richter sehr eindringlich die Wichtigkeit des Eides ein und bemerkte dabei: „Sie werden wohl wissen, daß Ihr Mann durch den Bürgermeister Beygold losgelassen ist. Denken Sie nicht, daß es Ihnen bei mir auch so gehen würde, denn bei mir kann der Bürgermeister nichts machen!“ Die Rede hatte so gewirkt, daß die Frau weinte, zur Thür hinaus lief und nicht schwor.

In Efferen wohnt ein wohlhabender Bauer Namens Kaitwasser. Es hatte einmal eine tüchtige Prügellei stattgefunden und die Folge war, daß der Sohn dieses Kaltwasser zu drei Monaten Gefängnis verurtheilt wurde. Als der Termin nahe heran rückte, die drei Monate abzubringen, war es dem Vorgesetzten doch nicht einmüde, und er sagte zu seinem Vater, er möchte doch lieber 200 Thaler geben, als drei Monate sitzen. Der Alte wollte aber kein Geld hergeben. Jetzt ging er zum Onkel und stellte dem die Sache vor. Dieser war entschlossen und borgte ihm die 200 Thlr. Mit dem Gelde ging der Bürsche zum Bürgermeister Beygold. Er ward dort zuerst in üblicher Weise angeknäuel, als er aber sagte, daß er bereit sei, ein Opfer zu bringen, da war die Sache schon ganz anders. Der Bürgermeister sagte: „Ich weiß zwar nicht, ob ich etwas thun kann, aber wenn es gelingt, dann reicht die Summe lange nicht hin. Sie können einmal das Geld hier lassen, dann will ich sehen, was zu machen ist.“ Der Vater ließ das Geld da, und er hat von der ganzen Sache nichts mehr gehört und gesehen.

Zuletzt war ein Postagent Namens Greiner in Lindenthal, dieser wurde auch einmal von einer Revision überrascht, und weil Defizit in der Kasse, wurde er von seinem Posten abgesetzt. Der Bürgermeister nahm ihn darauf als Hilfsreiber zu sich. Dieser Hilfsreiber baute nun ein Haus. (Er hatte etwas geerbt, wie man sagt, 800 Thlr.) Er wurde jedoch mit dem Bauen nicht fertig, weil er zu wenig Mittel hatte, und das Haus stand zur Substation angedreht. Der Bürgermeister wußte jedoch Rath zu schaffen, und brachte es mit den Be-

meinderathen fertig, daß das Haus für die Gemeinde vor der Versteigerung zu einem hohen Preise für das Amtsgebäude angekauft und auch der Gemeinde in Berechnung gestellt wurde. Eine Wirtschaft, welche in diesem Hause eingerichtet war, hatte der Bürgermeister vermietet und dem Wirthe wurde aus dem Gemeindefiskus freie Heizung und Licht und alle sonstigen Vortheile gewährt. Jetzt nach dem Krach finden sich auch noch Gläubiger wegen dem Gemeindefiskus.

Ein Helfershelfer des Bürgermeisters war der Polizist Endruler. Dieser mit dem eisernen Kreuz decorirte Schurke war zu allem, was Lüderlichkeit und Schlechtigkeit mit sich bringt, fähig. Wenn der Bürgermeister keine Lust hatte, auf seinem schweren Posten zu sitzen, so war dieses Subjekt an dessen Stelle. Wenn Jemand kam, um mit dem Bürgermeister zu sprechen, so wurde er wie ein Thier angebrüllt, und der Lump verlangte absolut zu wissen, was der Betreffende bei dem Bürgermeister wollte. Endruler kam sehr oft in Konflikt und war dann gleich mit dem blanken Säbel bei der Hand, so daß es häufig schwere Mißhandlungen gab. Wenn jedoch Jemand bei dem Bürgermeister eine Klage anmeldete, so war gewöhnlich der Schluß, daß der Polizist als Zeuge austrat und der Mißhandelte als Angeklagter noch bestraft wurde. Kurz vor der Verhaftung des Bürgermeisters sollte dieser Endruler noch Kommissar werden, und es wäre auch gelungen, wenn nicht eine komische Geschichte dazwischen gekommen wäre.

An der Hauptstraße ist eine Wirtschaft Limp. Dort kehrte der Polizist eines Tages ein und verlangte ein Glas Bier. Da die Luftpumpe leer war, so mußte die Magd in den Keller gehen, um Luft zu pumpen. Der Polizist paßte die Gelegenheit ab und ging der Magd nach in den Keller. Aber es dauerte nicht lange, da fing die Magd an zu schreien, und das Ende vom Liede war, daß der Polizist nicht Kommissar wurde und froh sein konnte, daß die Sache nicht weiter zur Anzeige kam.

Auch fehlte es in Lindenthal nicht an solchen Häusern, wo man an gewissen Naturschönheiten sich ergötzen konnte; es war aber nur für die Roblesse. Ein Wirth hieß Aug. von Conzen und wohnte in einer etwas abgelegenen Straße. Es war unbekannt, daß da „so etwas“ zu haben war. Auch der Bürgermeister war in dieser Sache gut unterrichtet und sogar ein ständiger Kunde. In einer anderen Wirtschaft, Kartens, wo derselbe ebenfalls Stammgast war nebst seinem Schwiegervater, dem Privatmann und Anstaltsbesitzer Raafen und dessen Sohn, war lange das Geschäft gut gegangen und der Wirth konnte sein Geschäft ganz ungenirt betreiben; da paßierte den dreien einmal so etwas, daß sie ärztliche Mittel anwenden mußten; und da ging es plötzlich nicht mehr; der Wirth wurde vor Gericht gestellt und wegen Kuppelei bestraft.

Nach diesen Vorfällen möchte man fragen, wie es eigentlich möglich war, daß eine Gemeindevertretung so etwas mitansehen konnte. Jedoch der Bürgermeister war ein so föhler Herr, daß er Jeden zu täuschen vermochte. Das hat er sogar dem Landrath v. Wittgenstein gegenüber bewiesen. Eines Tages kam derselbe zur Revision auf das Bürgermeisterramt. Der Bürgermeister sah ganz gemüthlich in seinem Sessel, und nachdem das übliche Kompliment stattgefunden und der Landrath erklärt hatte, daß er zur Revision gekommen sei, warf sich der Bürgermeister in die Brust und sagte ganz majestätisch: „Der Landrath, Sie können versichert sein, was ich mache, das ist gemacht!“ Und der brave Landrath war verblüfft und freute sich über seinen so tüchtigen Unterbeamten.

Die Gemeinderäthe haben immer, wie das so Mode war, wenn der Bürgermeister die Rechnung vorlegte, ruhig unterzeichnet. Dafür hatten sie ja vom Bürgermeister auch viele Freiheiten zu erwarten.

Ein Original dieser Schöpsen, welches jahrelang seinen Posten bekleidete, muß ich noch im Vorbeigehen bedenken. Es heißt Heuser und wohnt in Süß, wo es ganze Straßen gebaut hat und dadurch ein reicher Mann wurde. Heuser ist nicht verheiratet, hält jedoch immer ein paar schöne Dienstmädchen und man hat ihm nach Kölnischer Mundart den Namen „Bügel-Büser“ beigelegt. Daß er diesen Namen ehrlich erworben, davon ist jeder überzeugt, und es ist allgemein bekannt, daß viele Kinder, welche ihm auf der Straße begegnen, ihn Papa Heuser nennen. Es ist Thatsache, daß viele Kätter früher bei ihm gewohnt, und daß er, wenn etwas nicht recht loscher war, ihnen bei der Heirat behilflich war und auch noch, wenn es nicht anders ging, ein paar hundert Thaler dazu gab.

Infolge des reaktionären Gemeindevahlgesezes war es möglich geworden, daß solche Leute jahrelang auf dem Posten bleiben konnten.

Später werde ich einmal die übrigen Stützen der Gemeinde vornehmen, und es wird sich noch viel Interessantes herausstellen. Ueber den Bürgermeister wird wegen Fälle des Stofses noch eine Fortsetzung nöthig werden.

Heute mag es an dem Riegeltheilten genug sein, um Staatsanwalt und Richter zu verhindern, den Schurken entflüpfen zu lassen.

Der rothe Volksanwalt.

— Chicago, 4. Januar. Ich möchte einige Worte an die deutschen Sozialisten in Amerika, und insbesondere an die Leser des „Sozialdemokrat“, richten.

Genossen! Ich bin der Ansicht, daß wir Sozialisten hier in Amerika öfters Korrespondenzen an den „Sozialdemokrat“ senden sollten. In dieser Hinsicht geschieht fast gar nichts, es scheint fast, als ob wir den „Sozialdemokrat“ ignorirten. Dasselbe wäre für die Anarchisten hier selbst ein gewöhnliches Freesen.

Ich sagte, es scheint fast so, als wenn die Genossen hier den „Sozialdemokrat“ ignorirten. Ich weiß sehr gut, welche große Opfer die Sozialisten in Amerika ihren deutschen Genossen gebracht haben und ferner bringen werden. Ich meine dasselbe auch nur in Hinsicht auf Korrespondenzen im „Sozialdemokrat“ von hier. Dieselben würden viel zur Klärung unserer Ansichten und zur Fühlung unter den hier im Lande so zerstreut lebenden Genossen und Lesern des „Sozialdemokrat“ untereinander beitragen. Wir könnten dadurch besser besprechen, wie und auf welche Art und Weise zur Verbreitung des „Sozialdemokrat“ u. s. w., für die Unterstützung unserer Genossen in Deutschland, in geistiger und materieller Hinsicht, sich am meisten wirken läßt.

Meiner Ansicht nach ist Obiges der beste Weg, Genossen, und auch die höchste Zeit dazu, da es dieses Jahr in Deutschland wieder viele, viele Opfer verlangt zu den Reichstagswahlen. Jeder Genosse weiß, von welcher Bedeutung dieselben als Agitationsmittel für die Sozialisten in Deutschland sind.

Wenn auch die Anarchisten sich gebarden wie Löwen vor einem rothen Lappen, wenn vom Wählen die Rede ist, und die Roth'schen Anarchisten sich zur Bekämpfung unserer Genossen in Deutschland mit den Kapitalisten verbinden, so muß uns das nur umsonst ansprechen zur größeren Unterstützung in jeder Hinsicht. Wir wissen alle, daß durch das Wählen der Sozialismus nicht zur Herrschaft gelangt. Es ist aber auch ein Mittel zum Zweck.

Befanlich entsteht die Wuth der Anarchisten dagegen aus dem Bewußtsein ihrer Schwäche, und diese denken sie durch ihre Thrasen zu verdeden. Wenn sie nur einer großen Stimmengahl sicher wären, dann würden auch sie wählen, und die Thrasen klängen dann wenigstens nicht so lächerlich. Jetzt ist es mit denselben wie mit dem scharigen Buben, der sich einen großen Hut aufsetzt und dann wähnt, er sei ein Mann.

Die Genossen des „Unabhängigen Vereins der Südwestseite von Chicago“ und die Kenoshaer Genossen D. Keimer und Fabian sind schon einmal mit einem Plane zur Unterstützung der Sozialisten in Deutschland an die Öffentlichkeit getreten. Meiner Ansicht nach realisirte sich die Sache besser, wenn wir neben den sozialistischen Blättern hienurlande auch den „Sozialdemokrat“ zur Korrespondenz benutzten.

Rüde das Vorstehende die amerikanischen Genossen veranlassen, ihre Ansichten darüber auszusprechen. W. A.

Der rothe Japanstreich.

Melodie: Das Gebet des Japanstreichs.

Kingsum die Welt in starren Banden,
Das Volk gedrückt, sein Mund ist stumm,
Doch eine kleine Schaar vorhanden,
Die wählt und wählt den Boden un:
Der Freiheit hat die Schaar geschworen
Und Recht und Wahrheit sich erkoren!

Halloh, halloh, Du Hauslein Streiter,
Auf Feinde trifft man überall;
Doch vorwärts, muthbehold und heiter
Hinüber über Schanz und Wall:
Der Freiheit hast Du laut geschworen
Und Recht und Wahrheit Dir erkoren!

Und wo sie zieht, die Schaar der Freien,
Da wächst und doppelt sich das Heer,
Und sichtet Kampf auch oft die Reihen —
Die Woge tost und schwillt zum Meer.
Der Freiheit haben wir geschworen,
Und Recht und Freiheit uns erkoren.

Hurrah, hurrah, mit sicherm Schritte
Dringt unser Heer beständig vor,
Begeisterung herrscht in unsrer Mitte,
Erlichtet und der Zukunft Thor.
Der Freiheit hat das Heer geschworen,
Das Heil der Menschheit sich erkoren!

Der deutsche Poet.

Achtung!

In Zeulenroda (Neuß à Linie) streifen 400 Weber der Firma Heinrich Schopper, welche in rücksichtslosster Weise eine Lohnherabsetzung von 10 bis 25 Prozent verfügt hatte.

Es wird dringend ersucht, Zuzug fern zu halten und nach Möglichkeit Unterstützung zu senden, da die Betroffenen nur über geringe Mittel verfügen!

Unterstützungen sind zu senden an Herrn Kibitz Reichelt, Zeulenroda (Neuß à Linie).

In Neumünster (Holstein) streifen die Arbeiter der Tuchfabrik Bartram Söhne in Folge einer Lohnreduktion von 20 Proz. und nachdem jeder Versuch eines gütlichen Vergleichs gescheitert war.

Auch hier sind Unterstützungen dringend erwünscht, und die Expedition des „Sozialdemokrat“ gern bereit, die Uebersendung derselben zu vereiteln.

Wir rathen übrigens den Genossen in Deutschland, um Verzögerungen zu vermeiden, etwaige Unterstützungen direkt an St. Heinzel in Kiel, Klosterkirchhof 3, zu senden.

Briefkasten

der Expedition: S. Rhsche N. J.: Billig. folgt. Weiteres etwa modifizirt. Betr. 2 Bd. Kapl. siehe Engels Vorwort zur 3. Aufl. I. Bd. — Fiedelhaube: Amt. v. 21./1. erh. u. gutgebr. Karlen per Kreuzb. gut eingewickelt demnächstigen Remittenden beigegeben. — R. u. S. Baltim.: Edg. nach Vorschr. besorgt. Kostirtes angenehm. — P. a. a. a.: Fr. 2. — Ab. 1. Du. pr. R. erh. — Catilina: Fr. 3. — f. i. B. erh. — D. O. Paris: Fr. 2.50 Ab. 1. Du. 1884 erhalten. — Kothel Hans: R. 23. — baar u. R. 11.20 Ggr. pr. Jan. Ab. gutgebr. — W. T. Schbh.: dowl. 3. — f. Scht. erh. — R. B. Fbg.: R. 1.45 f. Scht. erh. — J. Sch. Genf: Fr. 30. — f. Scht. erh. — G. J. R. W. R. 3. — Ab. erh. Abdr. geordnet. — B. C. Anvers: Fr. 8. — Abon. 4. Du. Fig. besorgt. J. D. G.: dowl. 1. — Ab. Dez. 83 u. Jan. 84 erh. — R. 3. R.: Fr. — 60 f. Scht. erh. — Jülich: Fr. 2. — pr. Ufbs. ges. v. Gen. i. Vahf. dtd. erh. — R. 500: R. 3. — Ab. 1. Du. u. 75 Bfg. pr. Uf. dtd. erh. — Kardinal: R. 100. — à Cto. Ab. 10. erh. Abdr. geordnet. Mehrbest. u. Scht. folgen. — K. A. G. a. 2. — R. 2. — Ab. März u. April durch R. erh. — K. B. Derf.: Fr. 2. — Abon. Febr. u. März erhalten. — G. A. Bbg.: R. 3. — Ab. 1. Du. erhalten. — R. B. Dstrag: Fr. 1. — für Schriften erhalten. — Rhodoverus: R. 6. — Ab. 4. Du. 83 u. 1. Du. 84 (D. J. 7) Abdr. Td. gutgebr. — P. Gen. Groisich: R. 9.70 pr. Ufbs. erh. — Der Alte: R. 20.30 Ab. 1. Du. u. Scht. erh. Abdr. geordnet. — Flamme i. D.: R. 52. — à Cto. Ab. 10. gutgebr. — Transchy Galtow: Südaust. Fr. 25.20 f. Ab. erh. Fbg. erwünscht. Vbhgd. — V. B. Hfe. erh. — R. u. Co. P. dowl. 5. — à Cto. Ab. erh. — W. Köftr. Bern: Fr. 2. — Ab. 1. März bis Ende Mai erh. — Rodn. 3.: Fr. 6. — pr. Ab. erh. — h-n: R. 93.70 pr. Ab. 10. erh. Cto. pr. 1. Jan. 84 geordnet. — Unversöhnlicher: Hfe. v. 2. dtd. hier. Mehrbest. folgt. Weiteres durch R. besorgt. — L. Wrin. Lawrence: Fr. 25.30 (5 Doll.) à Cto. Abon. gutgebr. — Rem-Dork: Fr. 121.50 (24 Doll.) für den Wahlkreis Frankfurt a. M. gesammelt v. „Bund Stark im Recht“ dtd. erh. u. besorgt.

Anzeigen.

Wir kaufen zurück behufs Erstellung einer Anzahl
Completexemplare des „Sozialdemokrat“
(seit Anbeginn).

Vom Jahrgang 1882 Nr. 30, 32, 37, 49, 50 (je ca. 6 Exemplare.)
Vom Jahrgang 1883 6 Expl. Nr. 13, 12 Expl. Nr. 12, je 3 Expl.
von Nr. 9, 8, 7; 5 Expl. Nr. 6; 8 Expl. Nr. 5; 6 Expl. Nr. 3
und 3 Expl. Nr. 2.

Filialexpedienten, Vertrauensleute zc. ersuchen wir dringend,
dieses Gesuch besonders in Vereinen zc. bekannt zu geben und sich
der Sammlung anzunehmen.

Die Expedition des „Sozialdemokrat“.

Durch uns ist zu beziehen:
**Die
Entwicklung der Eigentumsverhältnisse.**

Von

Karl Frohne.

(354 Seiten, groß Oktav.)

Preis: 5 Franken — 4 Mark. Franko für Rabatt.

Volksbuchhandlung und Expedition des „Soz.“
Hottingen-Zürich.

Sein bestsortirtes
**Lager sämmtlicher bekannter deutscher und
englischer sozialdemokratischer Schriften**

empfiehlt zum Verkauf
[1.00] Herrmann Rische, 548, 9. Ave. New-York City.

Sozialistische Arbeiterpartei Amerika.
Section New-York.

Sitzung des Centralcomites jeden Dienstag Abends 8 Uhr
in Lincoln Hall, Ecke Allen und Houston Street.
Jeden Samstag finden Versammlungen statt. Näheres siehe
„New-Yorker Volkszeitung“.

Schweizerische Genossenschaftsbuchhandlung Hottingen-Zürich.